Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 1. bis 15. September 1500000 M. Einzelne Nummern 150000 M.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 200000 M., die 66 mm breite Grundzeile od. deren Raum im amtlichen Teile 400000 M., unter Eingesandt 500000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 207 | Dresden, Mittwoch, 5. September | 1923

Französischer Appell an Stresemann

Der „unverschämte Reichtum" der Begünstigten.

Paris, 5. September.

In der ersten Nummer der „Information" prüft der Senator Lazare Weiller die europäische Situation und bedauert, daß Mac Kenna nicht Schatzkanzler geworden ist, den er als einen überzeugten Anhänger der „europäischen Entente" kenne. Mit Mac Kenna und anderen Freunden, die zum englischen Parlament gehören, hat Lazare Weiller die Summen errechnet, die Frankreich, England und Amerika brauchten, um die

Reparationsfrage aus der Welt zu schaffen.

Genaue Zahlen ließen sich vorläufig nicht angeben, weil die richtige Stunde noch nicht gekommen sei. Aber für alle Leute, die etwas von Geld verstünden und nicht durch politische Vorurteile verblendet seien, sei es gewiß, daß diese Summe, im Vergleich zu den Erwerbsmöglichkeiten Deutschlands, „sehr gering" sei. Der Schluß des interessanten Artikels ist ein

Appell an Deutschland und den neuen Kanzler.

Weiller schreibt: „Wenn Deutschland ernsthaft mitwirken will und in seinem eigenen Interesse zu Opfern bereit ist, dann könnte es sich in einigen Jahren in eine wirtschaftliche Situation bringen, die es allen anderen europäischen Völkern überlegen machte. Dr. Stresemann müsse begreifen, daß Deutschland nach seiner finanziellen Gesundung für die Verzinsung und Abzahlung der Forderungen aus dem Kriege einen geringeren Betrag anzusetzen haben werde, als es vor dem Kriege für die Budgets des Heeres und der Marine ausgegeben habe. Deutschland könne sich aus seiner inneren Not nur befreien, wenn es sich ehrlich in die europäische Ordnung wieder einfüge.

Jetzt stehe das Elend des größten Teiles der Bevölkerung in grausamem Widerspruch zu dem unverschämten Reichtum einiger Begünstigten. Niemand dürfe das Genie des deutschen Volkes bestreiten. Gerade, weil sie das Genie der Arbeit besitzen, müßten die Deutschen erkennen, daß es eine Schande für sie sei, wenn England an Arbeitslosigkeit leide, Frankreich sich erschöpfe und Deutschland hungere, während es Deutsche gebe, die im Auslande große Devisenschätze zusammengebracht haben. Lord Curzon scheint diese Tatsachen nicht zu verstehen. Ob der Reichskanzler Stresemann sie erkenne und begreife, müsse sich zeigen. Der Platz eines großen Staatsmannes sei jetzt in Deutschland zu erobern.

Die englische Presse zur Rede Stresemanns.

Deutschlands letztes Angebot.

London, 4. September.

„Morningpost" schreibt zur Rede Dr. Stresemanns in Stuttgart: Der Reichskanzler habe zwei Hauptaufgaben vor sich, die Reform der deutschen Finanzen und die Beendigung des Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich. Die Franzosen täten alles, was in ihrer Macht liege, um die schwierigen Aufgaben des deutschen Kanzlers leichter zu gestalten. Die Entente müsse erst wieder hergestellt werden, bevor sie bei der Wiederherstellung der deutschen Finanzen helfen könne. Nach der Wiederherstellung der Entente werde sich der amerikanische Präsident Coolidge vielleicht ermutigt fühlen, aus seiner Isolierung hervorzutreten.

Die „Times" erklären, sie erkennen vollkommen an, daß Deutschland die Wahl habe zwischen dem Chaos des Bürgerkrieges und der Schaffung einer angemessenen Verbindung mit der Umwelt.

„Kein deutscher Staatsmann habe so nachdrücklich wie Stresemann betont, daß Deutschland unbedingt willens sei, Reparationen zu zahlen und produktive Pfänder zu diesem Zweck zu schaffen. Das Blatt ist der Ansicht, daß sehr ernste politische Hindernisse noch weggeräumt werden müßten, bevor die Möglichkeit einer Anleihe auch nur angenommen werden könne. Aber Stresemanns Angebot sei hauptsächlich an Frankreich gerichtet. Es sei vermutlich erfolgt zum Zwecke, einige dieser politischen Hindernisse zu beseitigen. Sein wirtschaftliches Angebot sei ein Versuch, die deutsche Unabhängigkeit und die wirkliche Souveränität der deutschen Regierung über ihre eigenen Gebiete durch ein festes Versprechen, Reparationen zu zahlen, zu sichern. Das von Stresemann gemachte Angebot unbeachtet zu lassen, hieße das letzte Angebot verwerfen, das Deutschland in einer einigermaßen vernünftigen Fassung machen könne. Dieses Angebot zu ergreifen und zu entwickeln, würde eine direkte Ermutigung für das deutsche Volk sein, eine Anstrengung für sein eigenes Land zu machen."

Der aktionsunfähige Völkerbund.

Griechenlands Antwort an die Botschafterkonferenz.

Die Lage schwierig, doch nicht unbedingt gefährlich.

Paris, 4. September.

Der von Poincaré telegraphisch verlangte Wortlaut der griechischen Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz ist heute vormittag in Paris eingetroffen. Der Inhalt ist noch nicht bekanntgegeben, aber der „Temps" bereitet aufs neue darauf vor, daß der Standpunkt der griechischen Regierung die Aufgabe der Konferenz wahrscheinlich nicht erleichtern werde. Griechenland sei zwar mit der Untersuchung des Attentats einverstanden, aber es verlange, daß zu der Untersuchungskommission nicht bloß die Vertreter der verbündeten Mächte, sondern auch Neutrale gehören sollten. Diese Haltung der griechischen Regierung sei „unvergreiflich", wenn das Kabinett von Athen nicht Versprechungen unbekannten Inhalts „von irgendeiner Macht" erhalten habe. Inzwischen installiert sich Italien in Korfu, und die von der „Daily Mail" wiedergegebenen Erklärungen Mussolinis lassen erkennen, daß die Wartezeit für Griechenland sehr teuer werden könnte.

An eine Aktion des Völkerbundes wird in Paris nicht geglaubt, nachdem Italien erklärt hat, daß es den Bund als Schiedsgericht in dieser Ehrenfrage nicht anerkenne. Eine praktische Wirkung könnte die „Einmischung" des Völkerbundes unter den jetzigen Umständen jedenfalls nicht haben. Deshalb wäre es am besten, wenn der Völkerbund in seiner für morgen angesetzten Beratung, die unter dem Vorsitz des Delegierten Japans stattfinden soll, sich für nicht kompetent erklärt. Eine andere Idee, welche die Empfindlichkeit der neutralen Mitglieder des Völkerbundes schonen soll, besteht in dem sinnreichen Vorschlag, der Völkerbund solle selbst die Entscheidung an die Botschafterkonferenz verweisen, wie er das schon in früheren Fällen getan habe. Gegen die Vorkämpfer der Völkerbundsidee, besonders gegen Nansen, werden boshafte Bemerkungen gemacht, weil sie, in ihrer „übertriebenen" Friedensliebe, den Frieden erschwerten! Unter diesen Umständen wird die Aufmerksamkeit immer mehr auf die Sitzung der Botschafterkonferenz hingelenkt, die wahrscheinlich morgen über die kritische Angelegenheit beraten wird. Poincaré, der persönlich jede Äußerung vermieden hat, empfängt heute den südslawischen Ministerpräsidenten Pasitsch. Dieser Unterhaltung wird in politischen Kreisen Wichtigkeit beigelegt. Die Lage wird hier, nach einer wahrscheinlich offiziösen Information, als „nicht unbedingt gefährlich, aber als schwierig" bezeichnet.

•

Mussolini droht.

Der Völkerbund in Gefahr?

London, 4. September.

„Evening News" bringt den Auszug aus einem Interview, das Mussolini einem Vertreter der „Daily Mail" gewährt hat, und das erst morgen vollständig in der „Daily Mail" erscheinen wird. Mussolini hat hiernach folgende Äußerungen getan: „Wenn die Griechen die Bedingungen meines Ultimatums erfüllen und bezahlen, werde ich Korfu räumen. Aber die Griechen täten gut, bald zu bezahlen, denn sonst wird der Preis höher sein. Ich habe nicht die Absicht, noch mehr griechisches Land zu besetzen oder sonstige Sanktionen zu ergreifen, falls die Griechen nicht den Wahnsinn begehen, italienische Staatsbürger oder italienisches Eigentum anzugreifen." Die „Evening News" knüpft hieran wieder einen Angriff auf die englische Regierung, die es nach und nach mit den wenigen Freunden verderbe, die England noch besitze. Der hiesige italienische Botschafter dementiert das Gerücht, daß Italien den Hafen von Santi Quaranta besetzt habe. Der „Exchange Telegraph" meldet, daß Mussolini dem italienischen Delegierten in Genf telegraphiert habe, er werde

den Austritt Italiens aus dem Völkerbunde in Betracht ziehen, falls der Völkerbund sich noch weiter mit dem italienisch-griechischen Konflikt beschäftige. Anderseits drohen auch die skandinavischen Staaten mit Austritt aus dem Völkerbunde, sofern der Völkerbund die Angelegenheit nicht in die Hand nehme. Der „Evening Standard" schreibt dazu, wenn Branting und Nansen diese Drohung aussprächen, so sei es ihnen ganz gewiß ernst hiermit. Es sei deshalb sehr leicht möglich, daß es aus Anlaß dieser Meinungsverschiedenheiten zur Auflösung des Völkerbundes kommen könne.

Der „Manchester Guardian" legt großen Wert darauf, daß Mussolini einverstanden ist, den Weltgerichtshof über die Zuständigkeit des Völkerbundes urteilen zu lassen. Dies würde die Lage bedeutend verbessern. Dagegen erfährt das gleiche Blatt, daß man diesen Vorschlag Mussolinis in englischen Völkerbundskreisen mit gemischten Gefühlen aufgenommen habe, da man ihn teilweise für ein Manöver halte, über die Sitzungsdauer der Völkerbundsversammlung hinwegzukommen. Nach dem „Star" soll der französische Delegierte de Jouvenel alle Anstrengungen machen, um in engster Gemeinschaft mit Lord Robert Cecil vorzugehen und Italien von seiner Haltung abzubringen.

•

Zu Zugeständnissen bereit.

Versöhnliche Erklärungen des griechischen Ministers des Äußeren.

Athen, 4. September.

Wie das griechische Pressebureau mitteilt, hat der Minister des Äußeren Alexandris den Vertretern der ausländischen Presse zur Ermordung der italienischen Offiziere Erklärungen abgegeben, in denen er u. a. ausführte:

Die griechische Regierung habe sofort die strengste Untersuchung und Verfolgung der Schuldigen angeordnet und nichts unterlassen, um der Schuldigen habhaft zu werden. Es sei ein unglücklicher Zufall, daß das Verbrechen auf griechischem Boden geschehen sei. Nichts rechtfertige die Anklage, daß Griechenland eine feindselige Handlung gegen Italien habe unternehmen wollen. Ferner habe Griechenland auch keinen Grund, sich über General Tellini wegen schlechter Festsetzung der Grenze zu beschweren. Auch sei es unrichtig, daß die griechische öffentliche Meinung gegen Tellini durch die Presse aufgehetzt worden sei. Denn tatsächlich hätte diese seit mehreren Monaten weder gegen den General noch gegen Italien auch nur das geringste geschrieben.

Nichtsdestoweniger betrachte es Griechenland als seine Pflicht, Italien in seinen Forderungen Genüge zu leisten. Es habe bereits sein Bedauern erklärt. Der Minister des Auswärtigen sei persönlich beim italienischen Gesandten gewesen, um ihm zu erklären, daß die Schuldigen exemplarisch bestraft werden würden. Die Abhaltung eines Requiems, der Ehrensalut für die italienische Fahne, sowie die Totenehrung für die Opfer seien ebenfalls zugestanden worden. Zwei Forderungen jedoch richteten sich gegen die Unabhängigkeit Griechenlands, sowie gegen den Staat selbst, und zwar die Teilnahme des italienischen Militärattachés an der Untersuchung und die Zahlung von 50000000 Lire als Buße. Die griechische Regierung habe eingewilligt, daß der Militärattaché durch Mitteilung aller in seinem Besitze befindlichen Nachrichten zur Förderung der Untersuchung beitragen könne. Die Schadenersatzzahlung in Form einer Buße sei jedoch für die griechische Regierung unannehmbar, da diese sonst ihre Verantwortlichkeit eingestehen würde, obgleich sie sich hiervon völlig frei fühle. Die griechische Untersuchung könne sich nur auf griechisches Gebiet beschränken. Die griechische Regierung hege die Überzeugung, daß die italienische Regierung nach Besänftigung der ersten Erregung den guten Willen der griechischen Regierung in diesem Zwischenfalle anerkennen werde.

•

Zwanzig Todesopfer.

Darunter 16 Kinder.

Paris, 4. September.

Wie „Chicago Tribune" aus Athen meldet, erklärte der gestern aus Korfu in Athen eingetroffene Leiter der amerikanischen Waisenfürsorge für den nahen Osten, daß bei der Beschießung Korfus 20 Personen getötet worden seien, darunter 16 Kinder. Sämtliche Toten und Verletzten seien Flüchtlinge oder Waisen aus amerikanischen und englischen Waisenhäusern in der alten Festung von Korfu gewesen. Im Teiche vor der Festung, wo gerade 400 Waisenknaben der amerikanischen Hilfsorganisation badeten, seien Schrapnells explodiert.

•

Der Konflikt vor dem Völkerbundsrate.

Politis macht schriftliche Vorschläge.

Genf, 4. September.

Der Völkerbundsrat verhandelte nachmittags, in Gegenwart der Pressevertreter, über den griechisch-italienischen Streit, nachdem er vorher zu einer geheimen Sitzung zusammengetreten war. Da Salandra noch keine Instruktionen erhalten hatte, wurde die Debatte auf morgen verschoben. Der griechische Vertreter Politis legte hierauf kurz den griechischen Standpunkt dar. Griechenland habe von den sieben italienischen Forderungen vier angenommen und nur drei abgelehnt, darunter die nach Verurteilung der Schuldigen zum Tode. Die geforderte Kontrolle des Verfahrens durch den italienischen Militärattaché sei unmöglich, wohl aber seine Mitarbeit. Hier unterbrach ihn Salandra und erklärte, daß die weiteren Ausführungen des griechischen Vertreters keine Informationen, sondern eine Vertretung des griechischen Standpunktes seien. Lord Robert Cecil versuchte dafür einzutreten, daß Politis seine Ausführungen fortsetze, da er neue Vorschläge zu machen habe, schloß sich aber schließlich dem Vorschlage Salandras an, daß Politis seine Vorschläge schriftlich formulieren solle.

SLUB
Wir führen Wissen.

Der Rat ging hierauf zu anderen Fragen der Tagesordnung über. Nach einer Stunde kehrte Politis in die Sitzung zurück und überreichte seine Vorschläge, die laut verlesen wurden, worauf der Rat sich vertagte. Danach regt die griechische Regierung folgendes an:

1. Der Völkerbundsrat möge einen oder mehrere neutrale Vertreter ernennen,

a) um die in Griechenland bereits von den Behörden begonnene Untersuchung sowie die Aburteilung der Schuldigen zu überwachen,

b) um an den Arbeiten teilzunehmen, deren Erledigung die griechische Regierung bereits der Botschafterkonferenz vorschlug zum Zwecke einer Untersuchung der Umstände vor und während des Verbrechens in Albanien und Griechenland.

2. Der Rat möge eine Kommission ernennen, die sich aus drei richterlichen Beamten, einem griechischen, einem italienischen und einem neutralen, z. B. dem Präsidenten des schweizerischen Bundesgerichts oder dem Präsidenten des internationalen ständigen Gerichtshofes zusammensetzt.

Wieder ein politisches Attentat in Paris.

Paris, 4. September.

Ein zweites Attentat gegen italienische Faszisten ist gestern von italienischen Anarchisten in Paris verübt worden. Ein Faszist wurde getötet. Der Täter wollte entfliehen, wurde aber aufgehalten und erklärte, daß er Anarchist sei.

Französische Regie und deutsche Eisenbahner.

Essen, 4. September.

Wie sehr die französische Regie auf die deutschen Eisenbahner im besetzten Gebiet einzuwirken versucht, geht aus folgender Aufforderung, die der Präsident der Unterkommission der Eisenbahnen in Essen jetzt an die Bediensteten der Hauptwerkstätte Wedau gerichtet hat, hervor:

„Wir fordern Sie hiermit auf, Ihren Dienst wieder aufzunehmen. Es wird Ihnen der Fortbezug Ihres Gehaltes und sonstiger Dienstbezüge, sowie Kranken- und Unfallversicherung und alle anderen Vorteile garantiert. Da Ihre Dienstleistung unter Zwang erfolgt, werden Sie gegen Maßregelung jeder Art geschützt. Sie müssen sich in der Hauptwerkstätte Wedau am 3. September vorstellen. Im Falle Sie sich weigern, dieser Aufforderung zu gehorchen, wird die Ausweisung gegen Sie verfügt."

50 Milliarden „beschlagnahmt".

Duisburg, 4. September.

Als Restsumme der aus Anlaß der Hochfelder Explosion über die Stadt verhängten „Kontribution" hat die belgische Besatzungsbehörde heute, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, bei der Reichsbank Duisburg 50 Milliarden weggenommen.

Münster, 4. September.

Der am 15. August durch Bajonettstiche verletzte Schlächter Hertz aus Herne ist seinen Verletzungen erlegen. — Die Bahnhöfe Lünen-Nord und Lünen-Hauptbahnhof sind gestern geräumt worden, die Zollgrenze wurde bei Lünen zwei Kilometer bis zur Lippe zurückgenommen. — Französische Grünwaldbeamte haben in Herne zwei deutsche Schutzpolizeibeamte, die den Kommunistenführer Zimmermann vernahmen, verhaftet.

Die Besetzung der „Phönix-Werke".

Hamm, 4. September.

Die Franzosen haben die Teile des Phönix, in denen Fertigfabrikate in großen Mengen aufgestapelt liegen, mit Stacheldraht umzäunt und das Eingangstor gesperrt. Da alle Versuche der Franzosen, die Arbeiterschaft des Phönix zum Abtransport der Fabrikate zu bewegen, vergeblich gewesen sind, hat die Besatzungsbehörde bei der Stadtverwaltung Wohnungen für 600 französische Arbeiter angefordert. Der Abtransport dürfte nicht leicht sein, da weder Kraft noch Licht zur Verfügung stehen und sämtliche Kräne des Phönix in Reparatur sind.

„Das mißverstandene Telephongespräch."

Der Fall Geßler und die Republik.

Das „Berliner Tageblatt" bringt — ähnlich wie andere bürgerliche Zeitungen — im Anschluß an die Wiedergabe unseres Artikels: „Sächsische Regierung und Reichswehrminister" folgende offenbar amtlich inspirierte Mitteilungen:

„Die „Sächsische Staatszeitung" hat in der heute früh von uns wiedergegebenen Darstellung die der Differenz zwischen dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und dem Reichswehrminister Dr. Geßler zugrunde liegenden Vorgänge nochmals wiedergegeben und hält an der Auffassung fest, daß Minister Geßler nicht nur das Fernbleiben der Reichswehr von der Verfassungsfeier in Dresden gebilligt, sondern daß er auch den dienstlichen Verkehr der Reichswehr mit der sächsischen Regierung untersagt habe. Hier liegt offenbar ein Mißverständnis vor. Es ist richtig, daß Dr. Geßler das Fernbleiben der Reichswehr von der Verfassungsfeier der sächsischen Regierung unter der Bedingung gestattet hat, daß die Reichswehr eine eigene Verfassungsfeier abhält. Dagegen hat er keinerlei Anordnung erlassen, die einen Abbruch des dienstlichen Verkehrs vorsieht. Anscheinend ist das Telephongespräch Berlin—Dresden, das, nach dem Schreiben des Generalleutnants Müller an Dr. Zeigner, einen solchen Inhalt gehabt haben soll, von dem sächsischen Reichswehrkommando mißverstanden worden. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn dieses Mißverständnis von Berlin aus alsbald in einer unzweideutigen Form amtlich aufgeklärt worden wäre, was unseres Erachtens nicht geschehen ist. In der Sache selbst aber teilt Minister Dr. Geßler, der sich zurzeit auf Urlaub befindet, vollkommen die Auffassung der sächsischen Regierung, daß ein derartiger Abbruch des dienstlichen Verkehrs selbstverständlich eine vollkommene Unmöglichkeit ist. Wir möchten hoffen, daß Reichskanzler Dr. Stresemann die jetzt noch bestehende Differenz gütlich beilegen wird, da der gegenwärtige Zeitpunkt für innere Konflikte dieser Art gewiß der denkbar ungeeignetste ist."

•

Der der Leitung der Partei nahestehende „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" bringt einen Artikel:

„Klärung tut not",

der sich gleichfalls mit dem Fall Geßler befaßt. Wir geben daraus folgendes wieder:

„Solange es aber die Rechtskreise vorziehen, statt Steuern zu zahlen, für Protestversammlungen und demagogische Hetzartikel ungeheure Summen auszugeben, solange muß ihnen mit diktatorischen Mitteln das Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staat beigebracht werden. Das ist der Wille des Volkes, und die Regierung sollte sich hüten, diese allgemeine Forderung außer acht zu lassen. Jenes Vertrauen, das sie heute noch besitzt, wäre dahin, wenn sie glauben sollte, eine innere Politik treiben zu können ohne Berücksichtigung einer durchaus berechtigten Volksstimmung. Die Vergangenheit lehrt, daß die Gesellschaft, die jetzt zur Steuersabotage aufruft und die Kabinettsmitglieder, insbesondere den Reichskanzler, auf das abscheulichste verdächtigt, klein und häßlich ist, sobald sie die Faust des Gegners sieht und zu der Erkenntnis gebracht wird, daß demokratische verfassungsmäßig festgelegte Rechte nur für den Geltung haben, der nicht darauf ausgeht, die Zugeständnisse der Republik entgegen ihrem Sinn gegen den republikanischen Staat auszunutzen. Aus dieser Erfahrung sollte die Reichsregierung ihre Schlußfolgerungen ziehen. Wir halten es für vollkommen verfehlt, wenn Herr Dr. Stresemann immer noch an die bessere Einsicht seiner ehemaligen Freunde von rechts glaubt und deshalb auf ihre moralische Belehrung Wert legt.

Außer dem Kampf gegen rechts bedarf aber noch eine andere Angelegenheit der Klärung, und das ist der Fall Geßler, die Auseinandersetzung zwischen der sächsischen Regierung und dem gegenwärtigen Reichswehrminister. Es ist richtig, daß dieses bedauerliche Zwischenspiel gegenwärtig hinter unsere außenpolitischen Schwierigkeiten weit zurücktritt. Aber wenn man nicht Politik von heute auf morgen macht, sondern mit der Betrachtung des Falles Geßler auch einen Blick auf die Entwicklung der kommenden innerpolitischen Schwierigkeiten wirft, dann wird man anderer Ansicht als der Reichskanzler. Wir haben keine Neigung, die Entwicklung der kommenden Wochen schwärzer zu malen, als es notwendig ist.

Aber darüber dürfte doch kein Zweifel mehr bestehen, daß, selbst bei einer schnellen erträglichen Lösung des Ruhrkonfliktes, Schwierigkeiten entstehen, zu deren Überwindung die Reichsregierung nicht nur eine geschlossene Phalanx der Landesregierungen gebraucht, sondern auch die vollste Unterstützung der Arbeiterschaft notwendig hat. Wie aber soll das möglich sein, wenn der Wehrminister, der im Eventualfall berufen wäre, den Staat gegen rechts und links zu schützen, aus guten Gründen nicht das Vertrauen derjenigen genießt, deren Unterstützung er unbedingt bedarf? Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Geßler ist kein Kampf gegen die Person, sondern gegen die Unzuverlässigkeit in bezug auf die Verteidigung des Staates von heute. Auch die sächsische Regierung ist dieser Überzeugung, und wir glauben, nur mit Rücksicht auf die vielleicht schon in absehbarer Zeit für den Staat drohenden Gefahren ist sie der Auffassung, daß wenigstens, solange es noch Zeit ist, an der Spitze unserer Reichswehr, die zur Aufgabe hat, die Verfassung zu schützen, ein Mann stehen muß, der mit mehr Energie gegen diejenigen seiner Untergebenen, die unzuverlässig sind, vorzugehen versteht und gewillt ist, und der es in jedem Falle ablehnt, Demonstrationen, die auch nur den Anschein der Republikfeindlichkeit erwecken könnten, zu unterstützen. Wir sind mit der sächsischen Regierung vollkommen einer Auffassung, daß es ein Skandal ist und bleibt, wenn der Chef der Reichswehr aus irgend welchen Gründen, mögen sie noch so schwieriger Art sein, die ihm unterstellten Militärs anhält, eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und einer Landesregierung vor aller Öffentlichkeit zur Schau zu tragen. Damit hat Geßler nicht nur seiner eigenen republikanischen Zuverlässigkeit einen weiteren Stoß versetzt, sondern auch die Verfassungsfeier in gewissem Sinne als private Veranstaltung der sächsischen Regierung gestempelt. Unter diesen Umständen kann der Reichswehrminister bei der Arbeiterschaft, die seit Jahren den Kampf um die Sicherung der Republik führt, niemals mehr Vertrauen gewinnen. Im Interesse unseres Landes würde es liegen, wenn er daraus selbst die Schlußfolgerungen ziehen würde.

Schon bei der letzten Regierungsbildung hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nur in Anbetracht der kritischen Lage erneut mit Herrn Geßler als Reichswehrminister abgefunden. Aber sie hat schon damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß Geßler nach Möglichkeit bald von seinem Amt befreit werden muß. Im Ziel ist die Reichstagsfraktion mit der sächsischen Regierung einer Auffassung, wenn man vielleicht auch über die Taktik des Kampfes gegen einen Mann, den man aus vollkommen sachlichen Gründen beseitigen will, streiten kann. Über eine Änderung der Taktik dürfte aber auch die sächsische Regierung im Interesse unseres Landes sicherlich mit sich reden lassen, wenn die Wirkung die gleiche bleibt.

Die Taktik der sächsischen Regierung ist selbstverständlich lediglich bestimmt durch die Größe der Gefahr, von der die Republik bedroht ist.

Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt darüber in folgender Weise:

Es handelt sich nicht um eine „sozusagen private Polemik", sondern um einen von dem Ministerpräsidenten eines Landes geführten und von der übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung nicht nur dieses Landes, sondern des gesamten Reiches gebilligten und unterstützten Kampf zum Schutze der Republik. Das sollte auch die Reichsregierung endlich begreifen und die nötigen Konsequenzen daraus ziehen.

Das Erdbebenland Japan.

In dem ungeheuren Bogen von Ländern und Inseln, der den Stillen Ozean von drei Seiten umschließt, und der ein einziges ungeheures Erdbebengebiet darstellt, bildet Japan das an großen, katastrophalen Beben wie an kleineren Erderschütterungen reichste Gebiet. Man kann wohl sagen, daß das Erdreich im japanischen Archipel überhaupt nie zur Ruhe kommt. Täglich verzeichnen die Erdbebenmesser irgendwo in dem weitgestreckten Inselreich eine größere oder geringere Unruhe des Bodens, und der Japaner, seit Jahrtausenden an die häufigen Erdbeben gewöhnt, läßt sich durch geringe Schwankungen des festen Grundes unter seinen Füßen kaum noch aus der Ruhe bringen. Hat doch die Häufigkeit der Erdbeben die Gepflogenheiten wie die Bauweise der Japaner aufs Stärkste beeinflußt. Nirgendwo sonst in der Kulturwelt baut man so leicht wie in Japan; Baumaterial für das Gerüst der Häuser ist der Bambus, und die Wände inmitten dieses Gerippes sind aus Papier. In solchen Behausungen leben Millionen von Menschen, namentlich in den von Erdbeben oft heimgesuchten Gebieten; wird durch eine Erderschütterung ein solches Haus umgeworfen, so kommen die Bewohner, wenn sie nicht noch rechtzeitig haben ins Freie flüchten können, doch meist mit dem Schrecken oder mit ungefährlichen Kontusionen davon. Die elastische Konstruktion der Bambus- und Papierhäuser hat aber noch den weiteren Vorteil der größeren Widerstandsfähigkeit gegen die zerstörende Wirkung eines katastrophalen Bebens. Nach einem heftigen Beben stehen diese leichten Häuser oft seltsam schief; aber sie stehen noch, und die Bewohner können bald daran gehen, ihr Heim wieder gerade zu rücken. Ein solches Haus ist natürlich auch ungeeignet zur Aufnahme schwerer Möbelstücke, die der Japaner gar nicht kennt. Alles ist leicht fügsam, ohne dem Anspruch, für die Ewigkeit zu dienen. Nicht einmal ein Bett kennt der Japaner; er schläft auf dem bloßen Erdboden, eine harte Rolle unter dem Kopf, und wenn es die Jahreszeit erfordert, breitet er noch eine Decke über sich.

In den modernen Stadtvierteln der Großstädte baut man natürlich heute ebenso fest und monumental aus Eisen und Stein wie im Abendland, und daher dürfte das jüngste Erdbeben gerade in Tokio und Yokohama, den beiden größten japanischen Städten, so viele Todesopfer gefordert haben. Die Feuersbrunst, die gleichzeitig ganze Viertel von Tokio erfaßt hat, hat sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, aber nur auf die Stadtteile beschränkt, die noch die alte japanische Bauweise zeigen, was schon aus der Meldung hervorgeht, daß das ganze Arbeiterviertel von Tokio eingeäschert worden ist. Darin liegt der Nachteil dieser Papierhäuser; das Erdbeben selbst kann ihnen nicht viel anhaben, aber diese Viertel werden allzuleicht ein Raub der Flammen.

Es ist nicht zum erstenmal, daß Tokio von einer so schweren Katastrophe heimgesucht wird. Im Jahre 1854 fand im Gebiete von Tokio ein Erdbeben statt, bei dem, ebenso wie jetzt, über 100 000 Menschen den Tod fanden. Damals fielen die meisten Menschenleben den ausbrechenden Feuersbrünsten zum Opfer. In seiner zerstörenden Wirkung noch verhängnisvoller war das Erdbeben vom 28. Oktober 1891 in den Provinzen Owari und Mino, die überhaupt am häufigsten von Erschütterungen heimgesucht werden. Damals wurden 200 000 Gebäude zerstört; 5000 dieser leichten Häuser, die nicht zusammengebrochen waren, fielen den Flammen zum Opfer, und eine halbe Million Menschen wurden obdachlos. 7000 Menschen fanden den Tod, mehr als 10 000 wurden verletzt. Der Gesamtschaden bezifferte sich auf mehr als 50 Millionen Yen. Kaum fünf Jahre später, am 15. Juni 1896, wurde die Nordküste der Insel Nipon von einem katastrophalen Erdbeben heimgesucht, bei dem 27 000 Todesopfer zu beklagen waren.

Japans geologischer Aufbau ist erst seit etwa einem Menschenalter genauer erforscht und bekannt. Danach zerfällt Süd- wie Nordjapan in drei deutliche Längszonen; zwischen beiden Gebieten liegt ein gewaltiger, von Schimoda an der Ostküste quer über die Hauptinsel zur Fuenobucht an der Westküste streichender Grabenbruch in der Richtung Nordwest nach Südost. Aus diesem Bruch erheben sich auch mehrere große Vulkane. Dreimal sind in diesem Gebiete mit großer Intensität Faltungen aufgetreten, zuletzt in der Tertiärzeit. Unterhalb dieses jüngsten Bruchgebietes ist, wie die zahlreichen Erdbeben zeigen, auch heute noch das Erdreich in ständiger Verschiebung begriffen; die Folgen äußern sich in den zerstörenden tektonischen Beben, zu denen auch die jüngste Erschütterung wieder gehört.

Opernhaus. In der gestrigen „Bajazzo"-Vorstellung wurde die Nedda vertretungsweise von Frl. Elly Gladitsch gesungen, die zurzeit in Dresden weilt. Vordem wirkte die Künstlerin an den Stadttheatern in Leipzig und Königsberg. Die Ausführung der Partie ließ Theaterblut und leichte Anpassungsfähigkeit erkennen. Dazu eine geschmackvolle Art des Singens, die neugierig macht auf andere Rollen des Gastes. Das Medium der Stimme ist gut in Ordnung; nur die Höhe klang stellenweise unfrei, doch mag das mit dem Lampenfieber zusammenhängen. Der Gesamteindruck war, wenigstens im ersten Akt, durchaus gewinnend. — In der „Cavalleria" half Joh. Scheurich von der Charlottenburger Oper aus. Der Turiddu zählt zwar nicht zum eigentlichen Fache des Sängers, der früher dem Verbande der Dresdner Staatsoper angehört und hier auch schon als „Hoffmann" gastiert hat; doch hielt er sich im allgemeinen recht wacker und musikalisch taktfest. Warum nur ließ er, als lyrischer Tenor, das „Trinklied" fallen? H. Pl.

Erfolgreiches Konzert des Dresdener Volkschores in Berlin. Wir lesen im „Vorwärts": Einen seltenen Genuß bot die vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin) veranlaßte Gesangsaufführung des Dresdener Volkschores unter Leitung von Arno Wagner. Der Dirigent, ein Mann von feinstem musikalischen Empfinden, hatte seine mehr denn 300köpfige Sängerschar so sicher in der Hand, daß er mit einem vollen Erfolg nach Dresden zurückkehren kann. Die Aufführung der zum Teil fünf- und sechsstimmigen Chöre war musterhaft; die Tongebung rein und klangvoll selbst in den höchsten Lagen des Soprans; wie Glockenklang die Bässe. Wagner versteht es meisterhaft, alle Schönheiten mit gemessener Ruhe und Sicherheit aus seinem Chor herauszuholen. Eine besondere Hervorhebung einzelner Werke erübrigt sich, da sämtliche Chöre mit schöner Innigkeit und mit musikalischer Sicherheit zum Vortrag gelangten. Nicht endenwollender Beifall lohnte die herrlichen Leistungen des Chores und der Solistin.

Die Not der Privatgelehrten. In der Schrift „Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter" gedenkt der Verfasser, Universitätsprofessor D. Dr. G. Schreiber-Münster, Mitglied des Reichstages, auch der Privatgelehrten. Sie sind eine versinkende Schicht. Gemeint sind jene Wissenschaftler, die nicht eigentlich beamtlich oder lehrend mit den deutschen Hochschulen verknüpft waren. Sie haben gleichwohl als Forscher und Sammler der deutschen Wissenschaftskultur oft wertvolle Dienste geleistet. Es sei nur an die Gebiete der Geschichte, der Literaturwissenschaft und der Kunstforschung erinnert. Die Entwertung der Renten, aber auch des Honorars zwingt sie, irgendwelche andere Verdienstmöglichkeiten aufzusuchen. So sind auch in diesem Beruf ernste Schwächungen des deutschen Wissenschaftslebens zu verzeichnen.

Dampfturbinen auch auf der Lokomotive. Die alte Kolbendampfmaschine Stevensons, dessen 75. Todestag vor wenigen Tagen gefeiert wurde, ist, wenn auch in vielfach verbesserter Form, noch immer der Grundtyp der modernen Lokomotive. Erst in neuester Zeit versucht man, die Dampfturbine, die, infolge ihrer Betriebssicherheit, der einfachen Wartung und ihrer großen Wirtschaftlichkeit der Kolbenmaschine weit überlegen ist,

SLUB
Wir führen Wissen.

Provozierende Unternehmer.

Gescheiterte Verhandlungen in der Kaliindustrie.

Berlin, 4. September.

Die am 31. August stattgefundenen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Kaliindustrie zum Zwecke des Lohnausgleichs sind gescheitert. Die Arbeiterorganisationen beantragten einen der vorausgegangenen Indexsteigerung entsprechenden Lohnausgleich.

Die Arbeitgeber lehnten nicht nur jeden Lohnausgleich glatt ab, sondern plädierten für Lohnabbau. Gleichzeitig verlangten sie eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Arbeiterorganisationen riefen zur Schlichtung der Streitigkeiten das Reichsarbeitsministerium an. Das Schiedsgericht erhöhte die Löhne vom 31. August ab 27. August bis 3. September um 42,2 Prozent. Auch der Schiedsspruch wurde vom Kali-Arbeitgeberverband abgelehnt.

Dieses Verhalten der Kaliproduzenten ist mehr als provozierend; denn zu gleicher Zeit, als von ihnen der Schiedsspruch abgelehnt wurde, stellten sie im sechsten Ausschuß des Kalirats den Antrag auf eine Erhöhung der Kalipreise um 150 Prozent. Mit eigener Unterstützung und der der Agrarier wurde diese Erhöhung, gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter, bewilligt. Herr Stresemann sieht erneut, daß alle Ermahnungen an einen gewissen Teil der Unternehmerschaft, auch dem Arbeiter das Leben zu ermöglichen, fruchtlos sind.

Auch eine Untersuchung.

Königsberg, 4. September.

Am vergangenen Mittwoch wurden sämtliche Mitglieder der Geheimorganisation „Tatgemeinschaft" verhaftet und der Polizei übergeben. Bereits nach einer zweistündigen Vernehmung sind die verhafteten Mitglieder wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Untersuchungsrichter hat sich die Untersuchung außerordentlich leicht gemacht. Das ergibt sich schon daraus, daß er im Verlaufe von zwei Stunden nicht nur die 53 Verhafteten vernahm, sondern gleichzeitig auch die Vernehmungsprotokolle, die weit über 100 Seiten umfassen, prüfte. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, diese Arbeit ordnungsgemäß in zwei Stunden zu verrichten, sodaß jeder Zweifel an einer sachlichen Prüfung der polizeilichen Angaben über die Organisation „Tatgemeinschaft" und eine gewissenhafte Vernehmung der Inhaftierten berechtigt ist. Die Untersuchung hat nicht zur Klärung, sondern zur Verdunkelung des Tatbestandes geführt, um so mehr, als der ebenfalls auf freien Fuß gesetzte Hauptbeschuldigte Erdmann inzwischen Gelegenheit genommen hat, Königsberg mit unbekanntem Ziel fluchtartig zu verlassen.

Der Heimatbund läßt durch die reaktionäre Presse seine Beteiligung an der Geheimorganisation bestreiten. Es steht aber zweifellos fest, daß der Pressechef des Heimatbundes, Mosberg, mehrfach Vorträge gehalten hat, daß durch Vermittlung des Heimatbundes Übungsgelände besorgt worden ist, Übungen im Beisein Mosbergs stattfanden, die Waffen zur Ausbildung der Mitglieder der Geheimorganisation von der Reichswehr durch Vermittlung des Heimatbundes besorgt wurden, und daß der Heimatbund die ganze Organisation finanzierte.

Das Verfahren gegen Roßbach.

Leipzig, 4. September.

Das Verfahren gegen den Oberleutnant a. D. Roßbach, der seit mehreren Monaten in Leipzig in Untersuchungshaft sich befindet, scheint jetzt sich dem Abschluß zu nähern. Bekanntlich legt Roßbach bei seinem Entlastungsbeweis großen Wert auf die Aussage des Generals v. Seeckt. Wie wir erfahren, ist jetzt eine Entscheidung des Reichswehrministers dahin gefallen, daß General v. Seeckt über einige von Roßbach angezogene Punkte aussagen soll, daß er jedoch nur insoweit über die in Frage stehenden Dinge berichten soll, als dadurch nicht die Interessen des Reiches geschädigt werden. — Nachdem festgestellt worden ist, daß Roßbach mit dem Angeklagten Riehl vom Reichswehrblock Magdeburg nicht in Verbindung gestanden hat, ist durch Verfügung des Oberreichsanwalts die Anklage nunmehr an das zuständige Landgericht Magdeburg abgegeben worden, wo voraussichtlich noch im September gegen den Kraftfahrer Riehl verhandelt werden wird.

Preußische Kreditaktion für Gemeinden.

Berlin, 5. September.

Um den Gemeinden und Gemeindeverbänden über die infolge der außerordentlich gesteigerten Geldentwertung bei der gesamten laufenden Verwaltung eingetretenen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, hat, wie der „Amtliche preußische Pressedienst" schreibt, der preußische Staat eine größere Kreditaktion mit Hilfe des Reichs eingeleitet. In Ermangelung eines besseren Maßstabes und um die Aktion nicht durch Vorarbeiten aufzuhalten, ist die bereitgestellte Kreditsumme nach den den Gemeindebeamten und Angestellten am 23. August gezahlten Bezügen bemessen, und zwar ist vom Reiche ein Betrag zur Verfügung gestellt, der im ganzen etwa 25 Proz. der Bezüge entspricht.

Das größte Unglück der Weltgeschichte.

Tokio noch immer in Flammen. — Die Todesopfer auf drei Millionen geschätzt.

London, 4. September.

Die japanische Erdbebenkatastrophe erweist sich als so groß, daß unter Umständen Japans politische Macht hiervon betroffen wird. Während des Krieges hatte sich Japan bedeutend industriell entwickelt. Nach dem Frieden war Japan aber eines der ersten Opfer des großen Rückschlages, sodaß es damals einen Teil seines Kriegsverdienstes wieder verloren hatte. Deshalb verfügt das Land heute nur über geringe finanzielle Reserven. Die Erdbebenkatastrophe hat nun gerade das Industrie- und Bankenzentrum Japans getroffen. In Tokio hat das Land die meisten seiner Zentralinstitute mit all ihren neuzeitlichen technischen und wissenschaftlichen Einrichtungen verloren. Was aber besonders empfindlich sein dürfte, ist der Verlust, den Japan an führenden Persönlichkeiten und Organisatoren des Wirtschaftslebens erlitten haben dürfte. Die zerstörten Werte lassen sich überhaupt nicht abschätzen.

Auch die jetzt vorliegenden Nachrichten sind noch unvollständig, aber sie ermöglichen doch bereits den Überblick über den Umfang dieses Entsetzens ohne Beispiel. Tokio steht noch in Flammen. Flieger, die sich mit großer Gefahr über der brennenden Stadt aufgehalten haben, berichten, daß sie in eine Hölle hinabgeschaut hätten, in der

zwischen Feuer und Gluthaufen viele Leichen

liegen. Die Aufzählung der verlorenen Städte und umgekommenen Menschen ist trostlos. In der Stadt Hakone lassen sich die Lebenden zählen, aber nicht die Toten. Die meisten Städte und Dörfer sind durch die Sturmflut vom Boden weggeschwemmt worden. Die letzten Meldungen erwähnen neue Erschütterungen und die unheilvolle Tätigkeit einiger Vulkane, die bisher erstorben schienen, jetzt aber mit Lavafluten und mit Aschenregen die Menschheit bedrohen.

Um den Ausbruch von Seuchen zu vermeiden, werden die Leichen in die brennenden Häuser geworfen. Eine der ersten Handlungen der Regierung war die Entsendung von Truppen nach den zoologischen Gärten, um die wilden Tiere töten zu lassen, die sonst ausgebrochen wären.

Die Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Osaka, wonach bei dem Erdbeben

drei Millionen Menschen umgekommen

sind, darunter allein 300 000 in Tokio. Ein Telegramm aus Peking meldet, daß die Zahl der Toten zwei Millionen übersteigt.

In Tokio sind wegen des Mangels an Lebensmitteln Unruhen ausgebrochen. Die Gendarmen machten von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Die Brücke von Riogoku ist in dem Augenblick eingestürzt, als auf der Flucht nach den Bergen sich eine ungeheure Anzahl von Menschen auf ihr befand.

Der kaiserliche Palast, zu dem bisher kein Fremder Zutritt hatte, ist für alle Unglücklichen geöffnet. Auf dem Hof drängen sich viele Tausende zusammen ohne Kleidung, ohne Lebensmittel, ohne Wasser. Der Prinzregent hat die Rettungsaktion persönlich geleitet.

Koreanische Räuber

haben das Unglück ausgenutzt, um zu plündern. Sechs dieser Banditen wurden erschossen. Der Zugang zur Stadt ist von Truppen abgesperrt, da der Verkehr in den rauchenden und brennenden Trümmerhaufen der Straßen gefährlich ist. Auch der Verkehr zu Wasser ist unmöglich, da alle Leuchtfeuer der Bai von Tokio vernichtet wurden. Hilfsexpeditionen sind von den Amerikanern und den Franzosen abgeschickt. Mehr als 7000 Patienten sind im Universitätshospital in Tokio während des Erdbebens umgekommen. Nach Mitteilung von Reisenden des Dampfers „Korea-Maru" sind in Yokohama kaum 40 000 Menschen geblieben. Alle übrigen Einwohner sind entweder tot oder geflüchtet.

Wie Reuter meldet, ist die britische Botschaft in Tokio unversehrt. Dagegen wird befürchtet, daß die französische und die italienische Botschaft zerstört ist. Über die amerikanische Botschaft in Tokio liegen widersprechende Meldungen vor. In New York ist eine Nachricht eingegangen, wonach der amerikanische Konsul in Yokohama und seine Gattin tot sind. Einige ausländische Flüchtlinge, die in Kobe aus Yokohama eingetroffen sind, berichten, daß über 1000 Ausländer im Hafen von Yokohama umgekommen seien. Man befürchtet, daß auch der britische und der amerikanische Konsul sich unter den Opfern befinden.

Aus Peking wird gemeldet, daß auf Yamamoto, den neuen japanischen Premierminister, ein Anschlag verübt wurde. Das Gerücht jedoch, daß er ermordet worden sei, bestätigt sich nicht. Eine drahtlose Meldung aus Tomioka besagt, nach Schätzungen der Polizei seien in Tokio 500000 Menschen getötet und 300000 Häuser zerstört worden.

Der Klub und ein französisches Waisenhaus mit 60 Schwestern und 160 Kindern wurde bis auf die Grundmauern zerstört und alle Insassen wurden getötet. Kaum ein einziges Mitglied der Konsulatstäbe ist am Leben geblieben. Auch der gesamte Stab der Heilsarmee in Tokio, der 20 britische Offiziere nebst Familien einschließt, ist umgekommen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Sächsisches Gesetzblatt. Die am 31. August ausgegebene Nr. 36 enthält: Vdg. über den Verpflegsatz für Gefangene in den Gerichtsgefängnissen und Gefangenenanstalten; Vdg. über Gnadengesuche in Bergsachen; Dritte Vdg. zur Ausf. des Ges. über eine Wohnungsbauabgabe; Vdg. über die Erhöhung der Zugtierstreuersätze; Vdg. über die Erhöhung der Hundesteuer.

Dresden.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

ist vom 1. bis 6. September 1923 zu ihrer Exekutivsitzung in Dresden zusammengekommen. Die Tagung findet im Sitzungssaal der ehemaligen ersten Kammer des Landtagsgebäudes statt.

Vertreten sind folgende Länder: England, und zwar durch die 1. Vizepräsidentin der Organisation Miß Catherine Marshall, Frankreich, Holland, Bulgarien, Schweden, Ukraine, Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland.

Die erste Sitzung wurde von der 2. Vizepräsidentin, Lida Gustava Heymann (Deutschland) eröffnet, die betonte, wie gerade in diesem unendlich kritischen Moment die Wichtigkeit dieser Tagung nicht genug hervorgehoben werden könne.

Mit großer Freude begrüßte sie den Ministerpräsidenten der Sächsischen Regierung, Dr. Zeigner, der hierauf das Wort ergriff und etwa ausführte:

„Ich begrüße Sie im Namen der Sächsischen Regierung. Es besteht keine Möglichkeit, aus den jetzigen Wirrnissen herauszukommen, wenn Ihr Frauen in unsere verbitterte Zeit nicht Eure ethischen Ideale hineintragen werdet. Nach der Welle von Haß ist es eine unsäglich schwere Aufgabe geworden. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wenig uns die Gegner verstehen wollen. Meine Damen! Mit dem Streben nach der Verwirklichung Ihrer Ziele dienen Sie einer großen Idee. Wir Männer sind mit unserer Tagesarbeit beschäftigt und vergessen darüber oft das übergeordnete ideale Ziel. Sie können es leichter vor Augen behalten.

Wir als Regierung, die demokratisch sein will und es hoffentlich auch ist,

sind die Regierung der Besitzlosen, deren Rechte wir gegen eine andere, viel kleinere Schicht verteidigen wollen.

Nach dem Zusammenbruch haben wir große Hoffnung auf die gemeinsame Arbeit der Völker

---

auch auf der Lokomotive einzuführen. Schweden, die Schweiz und England haben bereits Turbolokomotiven gebaut, während sich in Deutschland zurzeit eine Turbolokomotive bei Krupp in Bau befindet. Der neue Typ wird das altgewohnte Bild der Lokomotive vollständig umgestalten. Die schwedische Turbolokomotive z. B. besteht, im Gegensatz zur Kolbenmaschine, aus dem Kesselwagen mit dem Führerhaus und dem eigentlichen Triebwagen. Der Kessel der Ljungström-Maschine lehnt sich an den üblichen Lokomotivkessel an. Die Kohlen sind jedoch nicht im Tender hinter der Lokomotive untergebracht, sondern befinden sich vor dem Führerstand in einem sattelartigen Behälter, der über den Kessel gezogen ist. Der Triebwagen enthält in seinem vorderen Teil die Hauptantriebsturbine, die durch eine Zahnradkuppelung die drei vorderen Räderpaare antreibt. Unmittelbar hinter der Turbine sitzt der Kondensator, in den der Abdampf einströmt. Wasser verbraucht die Turbolokomotive nicht, weil das im Kondensator erzeugte Kondensat unmittelbar wieder zur Kesselspeisung benutzt wird. Die Ljungström-Maschine hat, wie die „Umschau" mitteilt, bereits auf verschiedenen Strecken der schwedischen Staatsbahn mit Erfolg Probefahrten ausgeführt. Die Kohlenersparnis beträgt bis zu 50 Proz. gegenüber einer modernen Kolbenlokomotive.

Geheimschrift mit Schreibmaschine. Die Geheimschriften haben in letzter Zeit immer mehr Bedeutung erlangt, besonders im wirtschaftlichen Leben, wo sich der Kaufmann nicht mit den üblichen Telegraphen-Codes begnügen kann, wenn er die Geheimhaltung wichtiger Mitteilungen gewahrt wissen will. Bei den zahllosen Systemen für Geheimschriften war es aber bisher doch immerhin nicht unmöglich, den Schlüssel zu finden und die Entchiffrierung vorzunehmen. Man hat damit bei dem Nachrichtendiebstahl des Weltkrieges trübe Erfahrungen gemacht. Nunmehr ist es gelungen, die Entchiffrierung durch Unbefugte unmöglich zu machen durch die Erfindung einer Chiffriermaschine, über die Fritz Hansen in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau" berichtet. Die Maschine, die das Chiffrieren und Entchiffrieren in ein wissenschaftlich-technisches System bringt, hat die Form einer Schreibmaschine und ist so konstruiert, daß sie, durch sinnreiche Kombinationen von Zahnrädern und elektrischen Kontakten, es ermöglicht, aus einer einfachen Schrift über Tauschalphabete hinweg Perioden von Buchstabenänderungen vorzunehmen, sodaß eine unbefugte Dechiffrierung unmöglich ist. Es können nämlich nicht weniger als 22,2 Milliarden Schlüssel eingestellt werden. Ist ein solcher Schlüssel eingestellt und der Antriebsmotor eingeschaltet, so kann man auf der Maschine wie auf einer Schreibmaschine schreiben, und die niedergeschriebenen Buchstaben werden selbsttätig so geändert, daß einem Buchstaben jedesmal ein Chiffrierbuchstabe entspricht. Eine solche chiffrierte Mitteilung bildet eine völlig sinnlose Buchstabenfolge von fünf Buchstaben, wobei niemand weiß, wo ein Wort anfängt oder aufhört; die Dechiffrierung aber ist ganz einfach. Es wird nur der zwischen den beiden Korrespondenten vereinbarte Schlüssel eingestellt, und dann tippt die Schreibmaschinistin die sinnlose Buchstabenreihe einfach hintereinander ab, worauf der richtige Wortlaut mit allen Zwischenräumen, Zeichen, einzelnen Worten, Zahlen usw. erscheint. Diese neue Chiffriermaschine, ein Meisterwerk deutscher Technik, ist nicht nur für den diplomatischen Verkehr, sondern auch für Banken, Schiffahrtsgesellschaften usw. von allergrößter Wichtigkeit.

Die Lösung des Kälteproblems. Die erstaunlichen Kältegrade, die durch Verflüssigung des Heliums von dem großen holländischen Naturforscher Kamerlingh Onnes erreicht wurden, haben bis zur Darstellung einer Temperatur von — 272 Grad geführt, die also nur noch 1 Grad über dem absoluten Nullpunkt liegt. Damit ist die stärkste denkbare Kälte bis auf einen Grad erreicht. Wie der schwedische Forscher Th. Svedberg in einem demnächst erscheinenden Werk, aus dem die „Umschau" ein Kapitel wiedergibt, ausführt, ist damit das Kälteproblem als gelöst zu betrachten, und dadurch sind eine Anzahl höchst wichtiger Untersuchungen möglich geworden. So hat man festgestellt, daß das Leben der am niedrigsten organisierten Wesen auch bei der größten Kälte nicht erlischt, sondern nur gehemmt wird. Es tritt also ein „temporärer Tod" ein. Die Keimfähigkeit wird nicht vernichtet. Samen von Weizen, Luzerne und weißem Senf, der wochenlang in flüssiger Luft bei ungefähr — 190 Grad erhalten und dann noch in flüssigem Wasserstoff bis — 250 Grad gekühlt wurde, keimte danach in ganz normaler Weise. Sodann hat Nernst die sehr auffällige Erscheinung gefunden, daß bei sehr starker Kälte geringere Wärmemengen nötig sind, um die Temperatur von 1 g eines Körpers um 1 Grad zu erhöhen, daß also die spezifische Wärme einer ganzen Anzahl von Stoffen schon lange, bevor der absolute Nullpunkt erreicht ist, gleich Null wird. Der elektrische Leitungswiderstand der Metalle sinkt mit der Abnahme der Temperatur; bei den allerniedrigsten Temperaturen aber treten gar merkwürdige Erscheinungen auf. In manchen Metallen verschwand der Leitungswiderstand ganz plötzlich bei einigen Graden über dem absoluten Nullpunkt. So zeigte Quecksilber noch bei — 268,77 Grad einen deutlichen Widerstand, während man bei — 268,80 Grad selbst mit den empfindlichsten Instrumenten keine Spur davon mehr nachweisen konnte. Im Zinn verschwand der Widerstand bei — 269,2 Grad, im Blei bei — 267 Grad. Wenn auch der Widerstand nicht vollständig geschwunden ist, so war er doch jedesmal 20-milliardenmal geringer als bei 0 Grad. Diese Beobachtungen sind von umstürzender Bedeutung, weil sie uns eine reibungslose Bewegung innerhalb der Materie anzeigen. Da kein Widerstand vorhanden ist, so geht keine elektrische Energie verloren, und der Strom kann z. B. in einem elektrisch geladenen Bleiring in alle Ewigkeit herumlaufen. Onnes verwirklichte diesen Gedanken, indem er einen spiralförmigen Bleiring in ein Bad von flüssigem Helium, das auf einer Temperatur von — 271,2 Grad gehalten wurde, versenkte. Durch einen großen Elektro-Magneten wurde ein Strom in dem Ringe erregt, der nun stundenlang in unverminderter Stärke zirkulierte, während er sonst rasch verschwindet. Der Bleiring wurde also selbst zum Elektro-Magneten und brauchte keinerlei Energiezufuhr. Auf diese Weise bewahrheitet sich Onnes' Ausspruch: „Versuche mit flüssigem Helium können uns helfen, den Schleier zu lüften, der bei gewöhnlicher Temperatur über die Welt der Atome und Elektronen durch die Wärmebewegung gebreitet ist."

---

* **Sächs. Staatstheater.** Opernhaus. Da Kammersänger Friedrich Plaschke einen zweimonatigen vertraglichen Urlaub angetreten hat, sind, zur Entlastung von Robert Burg, eine Anzahl Gastspiele im Baritonfach für nächste Zeit in Aussicht genommen. Zunächst wird der erste Heldenbariton der Staatsoper in München Wilhelm Rode am 6. d. M. als „Holländer" auftreten.

— Schauspielhaus. Donnerstag (außer Abonnement): „Egmont" (Musik von Ludwig van Beethoven) mit Lindner, Clara Salbach, Decarli, Mehnert, Dirmoser, Wierth, Antonia Dietrich, Ponto, Meyer in den Hauptrollen. Spielleitung: Paul Wiecke. Musikalische Leitung: Arthur Chiz. Anfang 6 Uhr.

* In der **Sächsischen Landesbibliothek** (Japanisches Palais) ist am Mittwoch von 4 bis 6 Uhr das Zimmer der Kostbarkeiten und die Jakob-Krause-Ausstellung geöffnet.

Kunstnachrichten. Am Donnerstag, 6. Sept. 3—4 Uhr nachm., findet in der Skulpturensammlung eine Führung zum Besten des „Heimatdankes" statt. Der Kustos Dr. Walter Müller wird über das Thema „Die Bildhauerei in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts" (Rietschel) sprechen.

SLUB
Wir führen Wissen.

gehegt. Wir haben uns getäuscht, wie es auch heute der Zwischenfall Italien-Griechenland beweist. Die Kriege zwischen den Völkern und zwischen den Klassen sind noch immer geblieben; und wenn Sie und Ihre Schwestern Ihre Ideale nicht in die Massen tragen werden, wird es niemals gelingen, daß die jetzige Weltordnung eine andere wird. Seien Sie der Unterstützung Ihres Strebens unsererseits gewiß. Ich als Sozialist richte nur eine Bitte an Sie: Man wirft Ihnen oft vor, daß Sie die wirtschaftlichen Gesichtspunkte bei Ihrer Arbeit nicht genügend beachten. Wir, denen sie täglich vor Augen treten, sehen sie zu gut, und übersehen dabei vielleicht ab und zu die ethischen idealen Ziele.

In der Polemik gegen Sie werden immer diese Gründe vorgeführt, und Sie werden gut tun, wenn Sie die wirtschaftlichen Ursachen der Kriege in Ihrer öffentlichen Arbeit noch mehr in den Vordergrund stellen".

*

Am Abend fand im Volkshaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Rednerinnen aus verschiedenen Ländern über das Thema: „Völkerfrieden und Völkerverständigung" sprachen. Die Vertreterin der amerikanischen Friedensfreunde legte in ihren Ausführungen dar, daß die wirtschaftlichen Gründe die Wurzel aller Kriege seien. Der Krieg sei ein Verbrechen und etwas Ungesetzliches. Amerika sei heute stark imperialistisch und militarisiert bis in die Schulen hinein. In den Gefängnissen seien heute noch viele Kriegsdienstverweigerer interniert und Leute, die erklärt hatten, daß sie für den Kapitalismus nicht in den Krieg ziehen würden. Die Rednerin berichtete dann über die Tätigkeit der amerikanischen Frauenliga, über ihr Eingreifen und ihre tätige Hilfe für Österreich und Rußland und über den Einspruch gegen die Ruhrinvasion, den sie bei der amerikanischen Regierung eingelegt hatte. Die österreichische Vertreterin betonte, daß die Menschheit eine Weltanschauung brauche, um zu einem Weltfrieden zu kommen. Nicht allein aus dem Gefühl heraus, sondern auf der Grundlage der Vernunft und eines vernünftigen Egoismus müsse man für den Frieden werben. In langen Ausführungen legte dann die Rednerin die Aufgaben der Liga dar, verlangte die Abschaffung jeglicher Gewalt in der Erziehung, versagte der Kriegsindustrie jede Unterstützung und vertrat die Ansicht, daß keine einzige Körperschaft über Krieg oder Frieden entscheiden dürfe, sondern nur das Volk. Letzten Endes aber sei die Brotfrage stets die Friedensfrage. Im Namen derjenigen Franzosen, die die Gewalt hassen, sprach eine Französin, die betonte, daß alle Regierungen Schuld am Weltkriege hätten, und daß es für die Ruhraktion keine Entschuldigung gebe. Sie erzählte weiter von den Friedensorganisationen in Frankreich, die die Politik Poincarés keinesfalls billigten. Eine Vertreterin aus der Ukraine schilderte die Folgen des Krieges in ihrem Heimatlande und wies darauf hin, daß es die höchste Zeit sei, zu einer Verständigung der Völker zu kommen. Zum Schluß sprach Frau Dr. Augspurg über die politischen und sozialen Aufgaben der Liga. Die Rednerin wandte sich gegen jegliche Anwendung von Gewalt in der Schule, in der Justiz und im politischen Leben. Man komme mit Gewalt nicht aus der friedlosen Gegenwart heraus. Es sei ein Mißbrauch, wenn man die falsche Theorie von dem Kampf aller gegen alle immer wieder auf das Kriegsproblem anwende. Die Menschheit müsse sich endlich einmal darauf besinnen, daß alle Menschen aufeinander angewiesen seien. Die Versammlung war überaus stark besucht und nahm einen erhebenden Verlauf.

Die Dresdner Indexziffer.

Die Dresdner Indexziffer der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung) berechnet sich laut Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt nach dem Preisstand vom 3. September auf das 1588738fache der Vorkriegszeit (1913/14 = 1), das sind 85 v. H. mehr als in der Vorwoche, wo das 860032fache erreicht wurde.

* **Pilzberatungsstelle.** Von Errichtung einer besonderen Pilzberatungsstelle wird in diesem Jahre abgesehen, da ihre Inanspruchnahme in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Da aber auf sämtlichen Wohlfahrtspolizeiwachen sich in der Pilzkunde ausgebildete Beamte befinden, bietet sich ausreichende Gelegenheit, jederzeit Auskunft zu erhalten. In Zweifelsfällen wird das Gutachten eines Sachverständigen beigezogen werden.

Aus Sachsen.

(N.) Die Bemühungen der Regierung, die **Kartoffelversorgung der sächsischen Bevölkerung** zu einem Teile unter Inanspruchnahme von Mitteln des Reiches zu finanzieren, sind leider ohne Erfolg geblieben. Das Wirtschaftsministerium ist daher mit den beteiligten sächsischen Kreisen in Fühlung getreten. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

Chemnitz. In der letzten Sitzung des Stadtrates sind Stadtrat Schenker als dritter Stadtrat und der unbesoldete Stadtrat Ihle durch Oberbürgermeister Dr. Hübschmann in ihre Ämter eingewiesen worden. Beide gehören der Sozialdemokratischen Partei an.

Zschöllau. Der neue Gemeindevorstand Hugo Knoll, bisher Gemeindevorstand in Venusberg, ist am 29. August durch Amtshauptmann Dr. Vogel von Frommannshausen als Gemeindevorstand und Standesbeamter für Zschöllau verpflichtet und in sein Amt eingewiesen worden.

Lohnbewegung.

Lohnverhandlungen im Bergbau.

Essen, 4. September. Gestern haben die unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichskommissars in Bochum geführten Verhandlungen zur Beilegung der Krisis im Bergbau nicht zu einer vollständigen Einigung geführt. Die Vertreter des Zechenverbandes erklärten sich bereit, den Bergleuten, die morgen einfahren, 10 Mill. M. auszuzahlen, während diejenigen Bergleute, welche bereits gestern nachmittag eingefahren sind, 30 Mill. M. erhalten sollen. Diese Summe soll noch erhöht werden bei den Bergleuten, die sich bereits in der vergangenen Woche zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hatten und auch tatsächlich eingefahren sind. Am nächsten Donnerstag werden in Berlin im Bergbau neue Lohnverhandlungen aufgenommen werden. Die Löhne sollen entsprechend der Steigerung der Indexziffer weiter erhöht werden.

Devisenkurse. 5. September.

New York (1 Dollar): 19950000.

Volkswirtschaft und Handel.

Die Möglichkeit einer aktiven Währungspolitik.

Dieser Tage beschäftigte sich eine Ausschußsitzung des Afa-Bundes mit der Möglichkeit einer aktiven Währungspolitik. Staatssekretär a. D. Professor Dr. Julius Hirsch gab einen Überblick über die Inflation der deutschen Reichsmark: Der durch den Krieg verursachte Sturz der Reichsmark hat sich, abgesehen von der bekannten Besserung im Sommer 1920 und im Frühjahr 1921, unaufhaltsam vollzogen. Die Gründe der Inflation sind die Passivität der deutschen Handelsbilanz und der deutschen Zahlungsbilanz, vor allem aber auch die großen Fehler der deutschen Finanzpolitik, die keine Finanzierung der Zahlung vorsah, die falsche Kreditpolitik der Reichsbank, die ungefähr eine Goldmilliarde an Private verschenkte, die Devisenpolitik mit ihrem Einheitskurs, die einen richtigen Dollarkurs in Deutschland unmöglich machte, und die Selbstentzündung, d. h. der Glaube, daß es nicht möglich sei, die deutsche Valuta zu bessern. Dr. Hirsch verwies insbesondere auf die Devisenpolitik des Kabinetts Cuno-Becker, die eine große Verschärfung der Preis- und Lohnbewegung hervorgerufen hat. Der Redner wies dann darauf hin, daß inmitten des Ruhrkampfes der Abbau der Inflation auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße. Es bleibe nur übrig, solange der Ruhrkampf andauere, die Auswirkung abzuschwächen. Dazu sei erforderlich, daß eine wirkliche Devisenerfassung bei den Devisenbesitzern vorgenommen werde. Es gehe nicht an, daß, wie es jetzt der Fall ist, die Devisenablieferung schematisch nach Maßgabe der Zwangsanleihe erfolge, sondern nach Maßgabe des tatsächlichen Devisenbesitzes. Diese Devisen dürften auch nicht sofort entschädigt, sondern müßten auf ein Sperrkonto geliefert werden, damit der Abgeber von Devisen nicht in der Lage ist, sofort neue Devisen zu kaufen. Höchstens könnte ihr Gegenwert in wertbeständigen Krediten gegeben werden. Hirsch verlangte weit schärferes Zupacken bei der Wertbeständigkeit der Steuern, wo man immer wieder Nachgeben beobachten könne, und Vorbereitung unmittelbarer Vereinnahmungen in Gold bei Zöllen, Ausfuhrabgaben, Börsen- und Luxussteuern. Von der Währungsseite her hält Redner auf Grund von Devisenablieferung die Entstehung von Goldkonten und auch die Entstehung eines Goldnotenverkehrs alsbald für möglich, letzteren aber nur, wenn ein systematischer Übergang zur Goldwährung vorbereitet ist.

Die Notwendigkeit, zu einem Goldnotenverkehr zu kommen, werde von allen Seiten anerkannt. Hirsch erörtert dann den Gedankengang, durch planmäßige Stillegung der Notenpresse zur vollständigen Goldwährung zu kommen. Reichsbank-, Gold- und Devisenfonds, verstärkt durch eine Auslandsanleihe auf Grund einer Belastung der Sachwerte, sollen den Rückhalt für eine sehr baldige Wiedereinlösung des Papiergeldes gegen Goldmark geben. Das sei möglich, weil der tatsächliche Umlauf in Goldmark gegenwärtig viel kleiner sei als der von der Reichsbank ausgegebene Goldbetrag. Heute schon dienten die Devisen zu Sparzwecken und für die Zwecke des Großhandels. Die Beschränkungen des Devisenverkehrs könnten fallen, wenn ein genügender Goldfonds vorhanden ist. Schon vorher sollte der Staat bei Erklärung der Einlösungspflicht sich weitere Goldzahlungsmittel beschaffen, indem er sofort in Gold oder Goldzahlungsmitteln erhebt: Einfuhrzölle, Ausfuhrabgaben, Luxussteuern und Börsensteuern. Goldbanknoten können dann ausgegeben werden auf Grund abzuliefernder Exportdevisen und auf Goldwert lautender Inlandwechsel, Steuern, insbesondere aus der Sachwertbelastung, wären zur Vermeidung des Hamsterns von Gold in Gold zu leisten. Als Übergang bei der Lohnzahlung wäre zu verlangen Bereitstellung wirklich wertbeständiger Zahlungsmittel durch die Unternehmungen, welche hierzu in der Lage sind (die Industriegoldmark), und stärkere Sicherung der wertbeständigen Anleihe des Reiches als bisher, damit mit einem wachsenden Teil derselben wertbeständige Gehälter gezahlt werden können.

* **Zum Kapitel: Substanzverlust.** Gegenüber den vielen Versuchen der Unternehmer, die Vermögenslage der Unternehmungen in Industrie, Handel und Bankgewerbe möglichst schlecht darzustellen, ist es von Wichtigkeit, zu beachten, wie einzelne Unternehmungen aus der Vermehrung ihrer Vermögenssubstanz während der Geldentwertung kein Hehl machen. So hat die Deutsche Hansabank A.-G. in München nach Mitteilungen aus der Generalversammlung im letzten Geschäftsjahr den Erfolg erzielen können, „bezüglich ihrer eigenen Mittel sich von der Papiermark loszulösen, so daß trotz der Entwertung der Mark die Kapitalsubstanz nicht nur keine Verringerung erfuhr, sondern aus im Laufe des Geschäftsjahres erzielten, nicht unerheblichen Goldmarkgewinnen nicht unbeträchtlich vermehrt werden konnte". Auch diese Gesellschaft hat also ihr Vermögen, in Goldmark berechnet, wesentlich steigern können. Es ist wiederum ein Beweis mehr, wie die Geldentwertung die Sachwertbesitzer begünstigt hat, während die auf Papiermark angewiesenen Lohnempfänger ihre Lebenshaltung dauernd verschlechtern mußten.

* **Besserung der österreichischen Wirtschaftslage.** Die jüngsten Ergebnisse der österreichischen Wirtschaftsstatistik zeigen eine allmählich fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs.

Die Stabilisierung der Währung bleibt nach wie vor der Grundstein des Gesundungsprozesses. Sie kommt in dem seit Wochen unveränderten Kurs der New Yorker Devise in Wien und den ganz unwesentlichen Schwankungen des Dollarindex zum Ausdruck. Nach dem jeweils für den Anfang des Monats ausgewiesenen Stand hat sich der Banknotenumlauf gegenüber dem Vormonat um etwa 273 Milliarden erhöht, wogegen die sofort fälligen Verbindlichkeiten (Girokonti) um 22 Milliarden abgenommen haben. Da in der gleichen Zeit der Barschatz der Bank durch neuerliche Einlieferung fremder Zahlungsmittel eine Steigerung von 235 Milliarden erfuhr, hat sich das Deckungsverhältnis der zirkulierenden Banknoten von 47 auf 49 % gebessert. Das Sinken des Lebenskostenindex um weitere 4 % bringt der Bevölkerung im Zusammenhang mit einem für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten unveränderten Lohnniveau eine gewisse Erleichterung der Lebenshaltung. Der Aktienindex zeigt im Gegensatz zum Vormonat nur eine geringfügige Steigerung, wobei einzelne Gruppen, wie die Banken und Transportunternehmungen, sogar eine Verminderung des Kurswertes erfahren haben. Die Aufwertungshausse der letzten Zeit scheint vorderhand zum Stillstand gekommen zu sein. Der Arbeitsmarkt zeigt insofern eine leichte Entspannung, als die Zahl der Arbeitslosen in dem letzten Halbmonat neuerlich um nahezu 5000 zurückgegangen ist. Allerdings dauert die Stagnation in manchen Betriebszweigen, wie insbesondere in der Metallindustrie, bei den Tapezierern, Tischlern und Schuhmachern, noch immer an.

Die ständig ansteigenden Zahlen über den Verkehr und die Verkehrseinnahmen bei den Bundesbahnen, weiters über den Ertrag der öffentlichen Abgaben und Monopole — wobei insbesondere auf die wesentliche Erhöhung des Ertrages aus der Warenumsatzsteuer hingewiesen sei — bekräftigen den Schluß, daß sich die österreichische Wirtschaft in aufsteigender Richtung bewegt.

*

Produktenbörse zu Leipzig, den 4. Septbr. 1923.

Weizen, inländ.: 21000000—22500000, fest. Roggen, inländ.: 16000000—17000000, fest. Sommergerste, inländ.: 17000000—19000000, fest. Wintergerste, inländ.: 16000000 bis 17000000, fest. Hafer, inländ.: 16000000—17000000, fest. Mais, amerik.: 20000000—21000000. Mais, runder: 20000000 bis 21000000. Raps: 20000000—24000000. Preise für je 50 kg.

Beamtenanwärter, in Kassensachen gut vorgebildet, für Stadt- und Steuerkasse gesucht. Besoldung diät. Gr. V, Ortsklasse C. Bewerbungen bis 12. d. M. erb. [4647
Stadtrat Pulsnitz, am 3. September 1923.

2 Beamtenstellen (Assistent und Anwärter) für Girokasse sofort zu besetzen. Bezahlung nach staatl. Grundsätzen. Ortskl. C, Sonderzuschläge. Gesuche bis 11. September erb. an 4646
Stadtrat Neustadt (Sachsen).

Jüngerer Beamtenanwärter
für Steuerkasse u. Verwaltung für sofort gesucht. Besoldung nach den staatl. Grundsätzen je nach Alter u. Leistung. Bewerbungsgesuche mit den üblichen Unterlagen bis 15. September erb. 4649
Grünstädtel i. E., 4. 9. 1923. **Der Gemeinderat.**

Beamtenanwärter für die allgemeine Verwaltung sofort gesucht. Besoldung diätarisch nach Gr. V der Besoldungsordnung, Ortskl. B. Gesuche mit Unterlagen umgehend bis zum 12. September erbeten. [4654
Neukirchen (Amtsh. Chh.), 1. Sept. 1923.
Der Gemeindevorstand.

Beamtenanwärter für Spar- u. Girokasse für 1. Okt. gesucht. Vergütung nach Gr. V der Diätenordnung, Ortskl. B. Gesuche bis 10. September erb. [4648
Grüna, 3. Sept. 1923. **Der Gemeinderat.**

Assistent für die allgem. Verwaltung zum Antritt für 1. Okt. gesucht. Besoldung nach Gr. V, außerdem Sonderzuschläge. Gesuche umgehend erbeten an 4650
Gemeindevorstand Langburkersdorf b. Neustadt/Sa.

Mehrere im Giroverkehr gut durchgebildete
Beamte und Beamtenanwärter
für sofort und später gesucht. Bezahlung je nach Alter. Gr. V, VI, VII der staatl. B.-O. Gesuche mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften erb. [4651
Girokasse Leipzig
Zweiganstalt der Girozentrale Sachsen
— öffentl. Bankanstalt —.

Für die Berechnung des Zinses der
wertbeständigen Elektrizitäts-Anleihe
des Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk für den Plauenschen Grund (Kraftwerke Plauenscher Grund) dient für den 1. Zinstermin der Kilowattstundenpreis von
M. 275000.
Es erhalten demzufolge die Inhaber eines Schuldscheines von

20 kWh	den Betrag von M.	137500
50	"	343750
100	"	687500
250	"	1718750
500	"	3437500

gegen Rückgabe des Zinsscheines Nr. 1 bei den angegebenen Zahlstellen vergütet. 4652
Dresden-Freital, am 1. September 1923.
Girozentrale Sachsen.
Elektrizitätswerk für den Plauenschen Grund
Freital bei Dresden.

Wir fordern die Zeichner der
8 % Sächsischen Markanleihe
und der
Sächsischen Braunkohlenwertsanleihe
III. Ausgabe (Zeichnungspreis Mark 27.500.—)
zur Abholung der bei uns gezeichneten Stücke auf und halten für

Zeichner mit den Anfangsbuchstaben	A—G	am **Mittwoch, 5. 9.,**
	H—P	am **Freitag, 7. 9.,**
	Q—Z	am **Sonnabend, 8. 9.,**

die gezeichneten Stücke an unserem Schalter Nr. 5, Augustusstraße, Ständehaus, von 9—1 Uhr zur Verfügung. Die Abholer wollen die Abrechnung und eine Legitimation mitbringen. 4667
Sächsische Staatsbank, Dresden.

Heute verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen eines längeren Leidens meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende, liebevolle Mutter, unsere liebe Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin

Frau Dora Frida von Zehmen
geb. Frommhold.

Graupzig, am 4. September 1923.

In tiefster Trauer
Thilo von Zehmen
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. September 1923, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 4668

Tageskalender.

Donnerstag, 6. Sept.

Staatstheater.

Opernhaus. Der fliegende Holländer. Anfang ½8 Uhr. Ende ¾10 Uhr.
Freitag: Die Gärtnerin aus Liebe. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Schauspielhaus. Außer Abonnement: **Egmont.** Anf. 6 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Freitag: (Anrechtsreihe A): **Das Frauenopfer.** Anfang ½8 Uhr. Ende gegen ¾10 Uhr.

Residenztheater. Der Gauklerkönig. Anfang ½8 Uhr. Ende ½11 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Zentraltheater. Täglich ½8 Uhr: Varieté-Vorstellung.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

	Budweis	Modran	Brandeis	Melnik	Leitmeritz	Aussig	Dresden
4. Sept.	−42	−84	−30	+22	+55	−62	−208
5. Sept.	−38	fehlt	−34	+24	+53	−64	−209

Familiennachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. iur. Max Ludwig Rohde mit Frl. Lisegret Salzbrunn, Breslau-Danzig. — **Vermählt:** Hr. Wilhelm Stephan mit Frl. Charlotte Karl in Dresden-N.; Hr. Fritz Markert mit Frl. Margarete Kiehne in Dresden; Hr. Gerhard Oescher mit Frl. Käte Erler in Dresden-A.; Hr. Karl Scholze mit Frl. Elfriede Bobel in Leipzig. — **Gestorben:** Hrn. Prof. Walther Bachmann in Dresden ein Sohn (Rolf); Hr. Oberstudienrat Prof. Dr. Alfred Hermann Cossack (59 J.) in Dresden-Loschwitz; Hr. Ludwig Alwin Schreiber (79 J.), priv. Baumeister in Dresden; Hr. Rich. Winter (52 J.), Gastwirt in Dresden; Hr. Kaufmann Hermann Scharwächter, Seniorchef d. Fa. Scharwächter & Steinbach in Leipzig; Hr. Abt.-Vorst. Johannes Hilpert (55 J.) in Leipzig-Reudnitz. Hr. Generalleutnant a. D. Richard v. Schulz in Dresden-N.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Herausgegeben von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung. Gr. Zwingerstraße 16. — Druck von B. G. Teubner. — Hierzu eine Beilage.

SLUB
Wir führen Wissen.

Amtlicher Teil.

Reisekosten der Staatsbeamten.

Auf Grund der Ermächtigung des Gesamtministeriums werden mit Wirkung vom 3. September 1923 ab die Reisekostenentschädigungen der Staatsbeamten anderweit erhöht. Es beträgt:

I. a) **das Tagegeld**

in der Abstufung I	6 400 000 M.
in den Abstufungen II—IV	5 400 000 „
„ „ „ V—VII	4 300 000 „
„ „ „ VIII, IX	3 200 000 „

b) **das Übernachtungsgeld**

in der Abstufung I	3 200 000 M.
in den Abstufungen II—IV	2 700 000 „
„ „ „ V—VII	2 150 000 „
„ „ „ VIII, IX	1 600 000 „

II. a) **das Tagegeld bei Dienstreisen nach Orten der Ortsklasse A mit Ausnahme von Berlin**

in der Abstufung I	8 800 000 M.
in den Abstufungen II—IV	7 400 000 „
„ „ „ V—VII	5 900 000 „
„ „ „ VIII, IX	4 400 000 „

b) **das Übernachtungsgeld bei Dienstreisen nach Orten der Ortsklasse A mit Ausnahme von Berlin**

in der Abstufung I	6 400 000 M.
in den Abstufungen II—IV	5 400 000 „
„ „ „ V—VII	4 300 000 „
„ „ „ VIII, IX	3 200 000 „

III. a) **das Tagegeld bei Dienstreisen nach Berlin**

in der Abstufung I	10 000 000 M.
in den Abstufungen II—IV	8 700 000 „
„ „ „ V—VII	7 350 000 „
„ „ „ VIII, IX	6 000 000 „

b) **das Übernachtungsgeld bei Dienstreisen nach Berlin**

in der Abstufung I	8 000 000 M.
in den Abstufungen II—IV	6 900 000 „
„ „ „ V—VII	5 700 000 „
„ „ „ VIII, IX	4 450 000 „

Das erhöhte Übernachtungsgeld darf bereits für Übernachtungen, die vom 2. zum 3. September erfolgt sind, berechnet werden.

Die in § 10 des Gesetzes über die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten vom 21. Januar 1913 (GVBl. S. 44) festgesetzten Vergütungen für Dienstreisen, die nicht auf Eisenbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden, werden auf 24 000 M. für das Kilometer erhöht. 864 3a III

Dresden, am 5. September 1923. 4665

Ministerium des Innern, Personalamt.

Verwaltungsarbeiter.

Die **Meßzahl** — zu vergl. Absatz 3 der im Umdruck bekanntgegebenen Verordnung vom 31. 8. 1923, 115 PA II — beträgt für die Lohnwoche vom 2. bis 8. September: **2350.** 4666

Dresden, 5. September 1923 115 g PA II

Ministerium des Innern Personalamt.

Der nachstehende auszugsweise Abdruck aus Nr. 203 des Deutschen Reichsanzeigers vom 3. September 1923 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 664 K 4657

Dresden, den 4. September 1923. **Arbeitsministerium.**

Bekanntmachung.

Gemäß Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 31. August 1923 gelten **ab 3. September 1923** folgende **Brennstoffverkaufspreise** je Tonne einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer: usw.

IV. Sächsisches Steinkohlensyndikat. Zwickauer Werke.

	Erzgebirge	C. G. Kästner	Florentin Kaestner & Co.	Gewerkschaft Morgenstern	Wilhelmschacht
	M.	M.	M.	M.	M.
Gaspechstücke	105 468 000	—	106 196 000	105 478 000	105 477 000
Nußstücke	105 468 000	—	—	—	—
Waschwürfel I	104 013 090	104 013 000	104 255 000	104 010 000	104 010 000
Waschwürfel II	104 013 000	104 013 000	104 851 000	104 009 000	104 009 000
Waschknörpel I	99 116 000	—	—	—	—
Waschknörpel II	99 116 000	99 116 000	100 532 000	99 111 000	99 111 000
Waschnuß I	99 064 000	—	98 674 000	99 059 000	99 059 000
Waschnuß II	99 058 000	—	—	99 058 000	99 058 000
Waschklare Ia	99 048 000	—	—	—	—
Waschklare Ib	94 094 000	94 094 000	92 285 000	—	98 962 000 Knörpel B
Waschklare II	94 044 000	—	89 138 000	—	89 152 000
Staubkohle	—	—	—	—	—
Lesewürfel	104 010 000	—	—	—	—
Kohlenkohle	94 117 000	—	—	—	—
Melierte Kohlen	94 117 000	—	—	—	—
Nußklare I	94 108 000	—	—	—	—
Stückkoks	148 575 000	—	—	148 575 000	148 575 000
Brechkoks I	148 595 000	—	—	148 595 000	148 595 000
Brechkoks II	148 595 000	—	—	148 595 000	148 595 000
Brechkoks III	148 595 000	—	—	148 595 000	148 595 000
Brechkoks IV	148 575 000	—	—	148 575 000	148 575 000
				Perikoks	
Brechkoksabfall	—	—	—	74 288 000	26 500 000
Koksgrus	24 000 000	—	—	24 000 000	24 000 000

Luganer und Lesönitzer Werke.

	Deutschland	Gottes Segen	Gersdorf
	M.	M.	M.
Gaspechstücke	108 712 000	101 041 000	108 523 000
Nußstücke	108 712 000	101 040 000	104 038 000
Waschwürfel I	103 978 000	101 039 000	102 226 000
Waschwürfel II	103 978 000	101 039 000	102 226 000
Waschknörpel I	103 978 000	101 039 000	100 856 000
Waschknörpel II	103 978 000	101 031 000	99 664 000
Waschnuß I	99 070 000	99 056 000	99 056 000
Waschnuß II	—	—	—
Waschklare Ia	—	—	—
Waschklare Ib	94 113 000	94 085 000	88 140 000
Waschklare II	93 692 000	94 042 000	82 163 000
Staubkohlen	55 560 000	—	

Dresdner Werke.

	Staatliche Werke Zaukerode	Burgk
	M.	M.
Gasstücke	101 009 000	100 863 000
Stücke und Würfel B	96 010 000	—
Harte Stücke	—	70 773 000
Lesewürfel	101 009 000	100 863 000
Waschwürfel I	100 981 000	100 837 000
Waschwürfel II	100 981 000	100 837 000
Waschknörpel I	—	100 218 000
Waschknörpel	100 925 000	100 191 000
Waschnuß	98 816 000	98 686 000
Waschklare	94 457 000	91 896 000
Staubkohlen	55 560 000	—

VII. Mitteldeutsches Braunkohlensyndikat.

Briketts im Hausbrand und größeren Industrieformat des mitteldeutschen Kernreviers und der übrigen Reviere außer Kassel . . . 47 155 000 M.
Nußbriketts . . . 48 727 000 „
Nußchenbriketts . . . 50 387 000 „
Brikettspäne . . . 35 371 000 „
Naßpreßsteine . . . 47 113 000 „
Briketts des Casseler Reviers . . 59 735 000 „

Bei Lieferungen aller Brikettsorten (außer Casseler Briketts), Brikettspäne und Naßpreßsteine nach Empfangsplätzen nördlich und westlich der Strecke Torgau—Eilenburg—Halle—Oberröblingen am See—Querfurt und Litzenburg—Reinsdorf—Bretleben—Griefstedt einschließlich der an dieser Linie gelegenen Stationen; Luftlinie Griefstedt—Hohenebra. Bahnlinie Hohenebra—Sondershausen—Wolframshausen—Leinefelde—Eschwege—Malsfeld, einschließlich der an diesen Eisenbahnlinien gelegenen Stationen, erfolgt die Lieferung auf Frachtgrundlage Luckenau. Bei Lieferungen nach dem Gebiete rechts der Elbe, im Süden begrenzt durch die Bahnlinie Wittenberge—Neustadt a. d. Dosse—Paulinenaue, ausschließlich der an dieser Linie gelegenen Stationen, auf Frachtgrundlage Senftenberg.

Rohkohlen (14 hl — etwa 1 t).

Mitteldeutsches Gebiet und Anhalter.

Tagebauwerke.

Förderkohlen . . . 14 847 000 M.
Siebkohlen . . . 18 559 000 „
Stückkohlen . . . 20 786 000 „

Die Rohkohlen aus Werken des Geiseltals und aus Werken des Oberröblinger Reviers werden auf Frachtgrundlage Frankleben verkauft.

Magdeburg-Helmstedter Revier.

a) Tagebauwerke einschl. Gewerkschaft Humboldt-Wallensen.

Förderkohlen . . . 17 096 000 M.
Siebkohlen . . . 21 370 000 „
Stückkohlen . . . 23 934 000 „

b) Tiefbauwerke.

Förderkohlen II . . . 19 811 000 M.
Siebkohlen II . . . 24 764 000 „
Stückkohlen II . . . 27 735 000 „
Förderkohlen I 21 525 000 M.
Siebkohlen I 26 906 000 „
Stückkohlen I 30 135 000 „
} Gruben Friederike, Emma, Prinz Wilhelm u. Neue Hoffnung

Anhalter Tiefbauwerke.

Förderkohlen 19 778 000 M.
Siebkohlen 24 723 000 „
Stückkohlen 27 689 000 „
} Gruben Marie-Preußlitz, Solvaywerke, Franzkohlenwerk, Leopold-Ebderitz.

Casseler Revier.

Förderkohlen . . . 19 301 000 M.
Siebkohlen . . . 21 617 000 „
Stückkohlen . . . 23 933 000

Grubenkoks.

Grubenkoks . . . 48 237 000 M.

Die Lieferungen von Nachterstedter und Margaretenkoks erfolgen auf Frachtgrundlage Luckenau.

VIII. Ostelbisches Braunkohlensyndikat.

Niederlausitzer Gruppe.

Briketts im Hausbrand und größeren Industrieformat . . . 47 155 000 M.
Briketts im kleineren Industrieformat 50 387 000 „
Brikettspäne . . . 35 371 000 „
Naßpreßsteine . . . 40 278 000 „
Förderkohlen . . . 14 141 000 „
Siebkohlen . . . 17 829 000 „
Stückkohlen . . . 20 137 000 „
Staubkohlen . . . 10 917 000 „

Frankfurter Gruppe.

Briketts im Hausbrand und größeren Industrieformat . . . 55 755 000 M.
Briketts im kleineren Industrieformat 58 989 000 „
Brikettspäne . . . 41 824 000 „
Naßpreßsteine . . . 42 691 000 „
Förderkohlen . . . 16 268 000 „
Siebkohlen . . . 20 475 000 „
Stückkohlen . . . 23 107 000 „
Staubkohlen . . . 11 021 000 „

Wellmitzer Braunkohlenwerke:

Förderkohlen . . . 15 131 000 M.
Siebkohlen . . . 18 899 000 „
Stückkohlen . . . 21 347 000 „
Staubkohlen . . . 11 021 000 „

Forster Gruppe.

Briketts im Hausbrand und größeren Industrieformat . . . 50 459 000 M.
Briketts im kleineren Industrieformat 53 913 000 „
Brikettspäne . . . 37 847 000 „
Naßpreßsteine . . . 42 691 000 „
Förderkohlen . . . 15 131 000 „
Siebkohlen . . . 18 899 000 „
Stückkohlen . . . 21 347 000 „
Staubkohlen . . . 11 021 000 „

Görlitzer Gruppe.

Briketts im Hausbrand und größeren Industrieformat . . . 47 155 000 M.
Briketts im kleineren Industrieformat 50 387 000 „
Brikettspäne . . . 35 371 000 „
Naßpreßsteine . . . 40 278 000 „
Förderkohlen . . . 14 141 000 „
Siebkohlen . . . 17 829 000 „
Stückkohlen . . . 20 137 000 „
Staubkohlen . . . 10 917 000 „

Glückauf A.-G., Lichtenau Olba und Grube Stadt Görlitz. (Werke der Görlitzer Gruppe.)

Briketts im Hausbrand und größeren Industrieformat . . . 51 873 000 M.
Briketts im kleineren Industrieformat 55 426 000 „
Brikettspäne . . . 38 906 000 „
Naßpreßsteine . . . 44 305 000 „
Förderkohlen . . . 15 555 000 „
Siebkohlen . . . 19 612 000 „
Stückkohlen . . . 22 153 000 „
Staubkohlen . . . 12 007 000 „

usw.

Die Preise verstehen sich je Tonne einschließlich der vom Reich erhobenen Kohlen- und Umsatzsteuer und einschließlich der Zuschläge für die Errichtung von Bergmannswohnungen. Die Preise gelten, sofern nicht in der Bekanntmachung vom 10. August 1923 eine andere Frachtgrundlage angegeben ist, frei Eisenbahnwagen ab Werk. Bei Werken ohne Eisenbahnanschluß gelten die Brennstoffverkaufspreise ab Werk.

Die Preise dürfen weder von den Syndikaten noch vom Handel überschritten werden, es sei denn, daß die vom Reichskohlenverband genehmigten Zahlungsbedingungen der Syndikate einen anderen Preis rechtfertigen, oder daß der Käufer Kreditgewährung oder sonstige besondere Leistungen des Verkäufers in Anspruch nimmt. Die Zuschläge für Kreditgewährung oder sonstige besondere Leistungen sind für jede einzelne Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben.

Für besondere Marken können von den Syndikaten entsprechende Zuschläge und Abzüge auf die Brennstoffverkaufspreise festgesetzt werden, die der Handel nicht zuungunsten des Käufers ändern darf. Der Reichskohlenverband hat das Recht, eine Abänderung dieser Festsetzungen zu verlangen. Der Reichskohlenverband ist auf Anfrage des Käufers zur Auskunft über die Höhe des festgesetzten Zuschlags oder Abzugs verpflichtet.

Berlin, den 3. September 1923.

Aktiengesellschaft Reichskohlenverband.

Keil. Löffler.

Höchstpreise für Milch und Milcherzeugnisse.

Die §§ 2, 4, 5 Abs. 1 und 8 der Verordnungen über Höchstpreise für Milch und Milcherzeugnisse vom 16. Juli, 27. Juli, 4., 8., 15., 22. und 28. August 1923 (Sächs. Staatszeitung Nr. 164, Nr. 174, Nr. 180, Nr. 183, Nr. 190, Nr. 196 und Nr. 201) werden wie folgt geändert:

§ 2.

Die **Milchhöchstpreise** für den **Erzeuger** betragen ab Stall

für das	in Zone I	in Zone II
Liter **Vollmilch**	212 000 M.	220 000 M.
Liter-Fettprozent	70 665 „	73 335 „
Liter **Magermilch**	96 000 „	100 000 „

Für Lieferung zur Molkerei, Sammelstelle, Milchhandlung oder Bahn darf bei einer Entfernung unter 5 km bis 4000 M., über 5 km bis 6000 M. Zuschlag je Liter bezahlt werden.

Gewerblichen Landmolkereien ist für die Lieferung molkereimäßig behandelter, in einwandfreiem Zustande am Empfangsorte eintreffender Milch frei Bahnstation je Liter Vollmilch 42 400 M., je Liter Mager- oder Buttermilch 21 000 M. Zuschlag zum Erzeugerhöchstpreise zu zahlen.

§ 4.

Für den Milchkleinverkauf durch die Erzeuger unmittelbar an die Verbraucher ab Gehöft haben die Kommunalverbände und, wenn diese davon absehen, die Gemeindebehörden im Einvernehmen mit den zuständigen Preisprüfungsstellen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Höchstpreise (Verliterungspreise) festzusetzen, die folgende Beträge nicht überschreiten dürfen:

für das Liter	I. Zone	II. Zone
Vollmilch	224 000 M.	232 000 M.
Mager- od. Buttermilch	101 000 „	105 000 „

Solange die Kommunalverbände und Gemeindebehörden keine niedrigeren Verliterungspreise als die im Absatz 1 bestimmten Beträge festsetzen, gelten diese Sätze als Höchstpreise.

§ 5 Abs. 1.

Die **Erzeugerhöchstpreise** für Lieferung an **Wiederverkäufer** betragen:

A. für **Kuhhalter** ab Gehöft

für das Pfund	bei Herstellung aus Milch der Zone I	Zone II
Butter	2 226 000 M.	2 310 000 M.
Speisequark mit höchstens 75 % Wassergehalt	320 000 „	333 000 „

B. für **gewerbliche Molkereien** ab Molkerei

für das Pfund	bei Herstellung aus Milch der Zone I	Zone II
Butter	2 544 000 M.	2 640 000 M.
Speisequark mit höchstens 75 % Wassergehalt	384 000 „	400 000 „

§ 8. Diese Bestimmungen treten am **9. September** in Kraft. [4664] 1133 V E 3

Dresden, 5. Sept. 1923. **Wirtschaftsministerium.**

Die **Sächsische Staatsbank** in Dresden hat auf Grund der gemäß § 3 des Gesetzes vom 17. Juli 1922, Reichsgesetzblatt S. 693, erteilten Ermächtigung des Reichsfinanzministers weitere **Notgeldscheine** ausgegeben, die je über M. 2 Millionen lauten und auf weißem Wertpapier im Format 85/145 mm hergestellt sind. Das Papier trägt Wasserzeichen „Achteck mit Stern". Die vordere Seite ist in dreifarbigem Steindruck ausgeführt (hellbraun, grün und schwarze Schrift). Die Rückseite zeigt einfarbigen grünen Steindruck. Der Untergrund der Vorderseite zeigt die Ziffer 2.000.000. Ringsum läuft unterhalb der Einfassung ein Band mit der Inschrift „Notgeld der Sächsischen Staatsbank, Dresden". Der in schwarz aufgedruckte Text lautet:

Notgeld
2 Millionen Mark

zahlen wir gegen diesen Schein durch unsere sämtlichen Niederlassungen sowie durch die staatlichen Kassen des Freistaates Sachsen. Diese Note kann vom 1. Oktober 1923 ab durch Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung zum Umtausch gegen andere Zahlungsmittel aufgerufen werden.

Dresden, den 11. August 1923.

Sächsische Staatsbank

Der Staatskommissar: Dr. Hedrich

Das Direktorium: Degenhardt Schaumburg

Fälschungen werden mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.

Serie (in römischer Ziffer — schwarz) Nr. (in arabischer Ziffer — rot).

Die Unterschriften sind faksimiliert.

Auf der Rückseite erscheint in grüner Umrahmung weiß die Ziffer 2.000.000 und ringsum in grüner Schrift „zwei Millionen Mark". Darum läuft ein grünes Band mit weißem Text „Sächsische Staatsbank zwei Millionen Mark Notgeld".

Die Laufzeit der Scheine ist zunächst auf zwei Monate beschränkt. Sie können vom 1. Oktober ab zur Einlösung aufgerufen werden. 4636

Die staatlichen Kassen haben diese Scheine bis auf weiteres an Zahlungsstatt anzunehmen.

Dresden, 3. Sept. 1923. **Finanzministerium.**

Erfüllungsbescheide für Wohnungsbauabgabe für 1923.

Die Herstellungskosten für die Erfüllungsbescheide 1923 (Muster 5b; § 3 Abs. 3 und § 5 der 3. Ausführungsverordnung vom 27. August 1923 GBl. S. 427) haben sich durch die in den letzten Tagen eingetretene Erhöhung der Druck- und Setzkosten erneut so erheblich gesteigert, daß die Erteilung eines Erfüllungsbescheides noch mehr eingeschränkt werden muß. Die Hebebehörden werden daher angewiesen, von der Ermächtigung des § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 27. August 1923 in vollem Umfange Gebrauch zu machen und zunächst allgemein nur durch öffentliche Bekanntmachungen zur Zahlung der Erfüllungsbeiträge aufzufordern. Soweit später auf Grund des § 5 der angezogenen Verordnung die Erteilung von Erfüllungsbescheiden notwendig wird, ist der Bedarf an Vordrucken dem Finanzministerium, Steuerrechnungsamt, und zwar von den Hebebehörden, die zugleich Grundsteuerbehörden sind, unmittelbar, von den übrigen Gemeindebehörden durch die Amtshauptmannschaft, die den Bedarf für ihren Bereich zusammenzustellen hat, anzumelden. Die Lieferung wird dann mit tunlichster Beschleunigung erfolgen. 323 Steuerreg. D

Dresden, 3. Sept. 1923. **Finanzministerium.**

Bekanntmachung.

Um dem Mangel an Geldscheinen abzuhelfen, sind mit Zustimmung des Herrn Reichsministers der Finanzen bei Lohn- und Besoldungszahlungen an die Arbeiter und Beamten der Reichsbahnverwaltung **Notgeldscheine** zunächst über **1 Million**

Mark ausgegeben. Sie haben auf der Vorderseite folgenden Wortlaut in gotischer Schrift:

Deutsche Reichsbahn.
Eine Million Mark.

(Darunter in Schwabacher Frakturschrift den Vermerk:)

Dieser Schein wird an allen Kassen der Deutschen Reichsbahn wie gesetzliche Zahlmittel in Zahlung genommen und bis zum 31. Oktober 1923 eingelöst.

Berlin, den 12. August 1923.
Der Reichsverkehrsminister.
Groener.

Zwischen den Worten „Deutsche" und „Reichsbahn" befindet sich ein geflügeltes Rad, darunter in grünem Druck Reihe und Nummer. Rechts und links von der Unterschrift das Siegel des Reichsverkehrsministers. Der farbige Untergrund läßt links und rechts je einen 5 mm breiten Streifen des Wasserzeichenpapiers frei. Die Rückseite ist unbedruckt. Der Geldschein ist auf weißem Papier bedruckt und 74 × 130 mm groß.

In Kürze werden weitere Notgeldscheine über 2 und 5 Millionen Mark ausgegeben, die die Unterschrift des Reichsverkehrsministers „Oeser" tragen. Sämtliche Scheine werden an allen Kassen der Deutschen Reichsbahn, bei den Reichsbank- und Postanstalten in Zahlung genommen.

Alle Bankanstalten, Handel- und Gewerbetreibenden, Behörden usw. werden gebeten, die Notgeldscheine gleich den Reichsbanknoten anzunehmen. 4662

Die Regierungen der Länder sind um Zustimmung ersucht und haben diese zum Teil schon erteilt. — Berlin, den 22. August 1923.

Der Reichsverkehrsminister. Oeser.

Bekanntmachung.

Von dem mit Zustimmung des Herrn Reichsministers der Finanzen und der Länderregierungen ausgegebenen Notgeld der Deutschen Reichsbahn gelangen nunmehr auch die bereits angekündigten 2- und 5-Millionenscheine in den Verkehr. Sie haben, von der Wertbezeichnung abgesehen, den gleichen Wortlaut wie die 1-Millionenscheine, jedoch eine Umlaufsfrist bis 30. November 1923 und die Unterschrift des Reichsverkehrsministers Oeser.

Bei dem 2-Millionenschein sind Reihe und Nummer schwarz gedruckt. Der lilafarbene Untergrund grau-rosa-grau trägt an der linken Seite die Wertbezeichnung „2 Millionen". Die Größe ist 65 × 125 mm. Reihe und Nummer des 5-Millionenscheines sind braun gedruckt, der lilafarbene Untergrund violett-grün-violett. Die Größe ist 88 × 142 mm. Der Textdruck ist bei allen Scheinen weinrot. 4668

Berlin, den 29. August 1923. VI A 974
Der Reichsverkehrsminister. Oeser.

Der nach § 5 des Gesetzes über Schätzung, Schädenwürderung und Schädenvergütung bei der Gebäudeabteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt vom 18. März 1921 festzusetzende Teuerungszuschlag wird vom 1. September 1923 ab auf 99999900 fürs Hundert festgesetzt, sodaß insgesamt das 1000000fache der Friedensschädenvergütung im Schadenfalle gewährt wird. Schädenvergütungen, die vor dem 1. September 1923 tatsächlich festgestellt worden sind, bleiben hiervon unberührt. M 70 b I A 4658

Dresden, 5. Sept. 1923. Brandversicherungskammer.

Die Ortslöhne für die Bezirke der Oberversicherungsämter Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau werden mit rückwirkender Kraft vom 3. September 1923 an folgendermaßen neu festgesetzt:

Ortsklasse	Versicherte über 21 Jahre		Versicherte von 16 bis 21 Jahren		Junge Leute von 14 bis 16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren	
	männliche M	weibliche M	männliche M	weibliche M	männliche M	weibliche M	männliche M	weibliche M
1	2 000 000	1 400 000	1 520 000	1 280 000	960 000	720 000	360 000	360 000
2	1 800 000	1 320 000	1 460 000	1 120 000	840 000	600 000	300 000	300 000
3	1 600 000	1 240 000	1 320 000	1 040 000	800 000	560 000	280 000	280 000

In den in Nr. 174 der Sächsischen Staatszeitung vom 28. Juli 1923 bekanntgegebenen Ortslöhnen sind unter der Einteilung der Orte in Ortsklassen folgende Druckfehler zu berichtigen:

Oberversicherungsamt Dresden.

Zeile 26: Leupoldishain anstatt Leupoldeshain; Zeile 28: Papstdorf anstatt Papsdorf; Zeile 32: Großsedlitz ist zu streichen und Zeile 35: Reichstein anstatt Reinstein.

Nach § 3 Abs. 2 der sächsischen Ausführungsverordnung vom 20. Dezember 1912 haben die Versicherungsämter diese Festsetzung den Vorschriften unter II und III der Verordnung des Gesamtministeriums vom 6. Dezember 1920 entsprechend zu veröffentlichen. 4655

Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau, den 5. September 1923.
Die Oberversicherungsämter.

Nach § 936 der Reichsversicherungsordnung wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter für die Bezirke der Oberversicherungsämter **Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig** und **Zwickau** mit rückwirkender Kraft **vom 3. September 1923** an folgendermaßen neu festgesetzt:

480 000 000 M.	für männliche	Versicherte über 21 Jahre,
360 000 000 "	" weibliche	
396 000 000 "	" männliche	Versicherte von 16 bis 21 Jahren,
330 000 000 "	" weibliche	
270 000 000 "	" männliche	junge Leute von 14 bis 16 Jahren,
210 000 000 "	" weibliche	
84 000 000 "	" Kinder beiderlei Geschlechts unter 14 Jahren.	

Nach § 3 Abs. 2 der sächsischen Ausführungsverordnung vom 20. Dezember 1912 haben die Versicherungsämter diese Festsetzung den Vorschriften unter II und III der Verordnung des Gesamtministeriums vom 6. Dezember 1920 entsprechend zu veröffentlichen. 4656

Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau, den 5. Sept. 1923. Die Oberversicherungsämter.

Der Bezirksarzt in Stollberg wird vom 16. September 1923 bis mit 6. Oktober 1923 durch den Bezirksarzt in Glauchau (Fernsprecher 31) vertreten. VII M 33[1] 4658

Chemnitz, 4. Sept. 1923. Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 1562 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Bayer & Kreuzig in Bärenstein, Zweigniederlassung des zu Weipert bestehenden Hauptgeschäfts betr., ist heute eingetragen worden: Der Sitz der Zweigniederlassung ist von Bärenstein nach Annaberg verlegt worden. 4637

Amtsgericht Annaberg, den 3. September 1923.

Auf Blatt 475 des Handelsregisters, die Waggon- und Maschinenfabrik Aktien-Gesellschaft vorm. Busch in Bautzen betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 18. 8. 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um fünfzig Millionen Mark, in 50000 auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien Lit. A zu 1000 M. zerfallend, mithin auf 77 000 000 M., sowie die Änderung des § 4 des Gesellschaftsvertrags beschlossen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. (Die Aktien werden zum Kurse von mindestens 100 % ausgegeben.) Die Prokura des Kaufmanns Arthur Appelt ist erloschen. Amtsgericht Bautzen, 31. 8. 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 17759, betr. die Gesellschaft C. G. Reinhold & Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Das Stammkapital ist auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 18. August 1923 um fünf Millionen Mark, sonach auf zwölf Millionen Mark erhöht worden;

2. auf Blatt 10919, betr. die Gesellschaft Bodengesellschaft Dresden-Ost, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden in Dresden: Die Gesellschaft ist durch Gesellschafterbeschluß vom 24. August 1923 aufgelöst. Der Rentier Heinrich Lüdenbach ist nicht mehr Geschäftsführer, sondern Liquidator. Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen;

3. auf Blatt 17836, betr. die Gesellschaft Alpina, Gesellschaft für Molkerei-Produkte mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Kaufmann Johannes Auer ist nicht mehr Geschäftsführer;

4. auf Blatt 3823, betr. die offene Handelsgesellschaft Bergmann & Selo in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Handelsgeschäft und die Firma sind in eine Aktiengesellschaft eingelegt worden;

5. auf Blatt 18332, betr. die Kommanditgesellschaft Spiegler & Co. in Dresden: Prokura ist erteilt den Kaufleuten Walter Bauch, Richard Sühnel und Walther Köhler, sämtlich in Dresden. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem persönlich haftenden Gesellschafter oder mit einem anderen Prokuristen vertreten;

6. auf Blatt 13113, betr. die offene Handelsgesellschaft Pohl & Mehner in Niedersedlitz: Der Strohhutfabrikant Otto Albanus Robert Altmann ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Fabrikant Osmar Woldemar Mehner führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleininhaber fort;

7. auf Blatt 13740, betr. die offene Handelsgesellschaft Auschpler & Weber in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen;

8. auf Blatt 18250, betr. die offene Handelsgesellschaft Richter, Schulz & Co. in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen;

9. auf Blatt 2513, betr. die Firma Franz Leipoldt & Co. in Dresden: Die Firma ist erloschen;

10. auf Blatt 10653, betr. die Firma Emil Scheip in Dresden: Die Firma ist erloschen. [4639

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 3. Sept. 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 12858, betr. die Firma Sächsische Camera Fabrik, Carl Schmincke & Co. in Dresden: Der Fabrikant Carl Schmincke ist ausgeschieden. Der Kaufmann Hermann Otto Carl Schmincke in Dresden ist Inhaber;

2. auf Blatt 18368: die Firma Otto Willy Weber in Dresden. Der Kaufmann Otto Willy Weber in Dresden ist Inhaber (Handel mit und Herstellung von Zuckerwaren und Konfitüren, Uhlandstraße 10.) 4659

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 4. Sept. 1923.

Auf Blatt 18370 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Hans Doderenz Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitze in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. Juli 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Generalvertretung der Österreichischen Daimler-Motoren-Aktiengesellschaft, insbesondere der Fortbetrieb der in Dresden bisher von dem Ingenieur Hans Doderenz betriebenen Verkaufsstelle der Österreichischen Daimler-Motoren-Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen, jedoch nur, wenn beide Gesellschafter über die hiernach zu vertretenden Firmen Einigkeit erzielen. Das Stammkapital beträgt fünf Millionen Mark. Jeder Geschäftsführer ist für sich allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Ingenieur Hans Doderenz in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. (Geschäftsraum: Moscinskystraße 7.) 4661

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 4. Sept. 1923.

Auf Blatt 18145 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft „Neberse" Kolonialwaren-Handels-Aktiengesellschaft in Dresden, ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 5. August 1923 sind die sechzig auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je einhunderttausend Mark in auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je einhunderttausend Mark umgewandelt worden. Die Generalversammlung vom gleichen Tage hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschlusse angegebenen Bestimmungen um vierundneunzig Millionen Mark durch Ausgabe von neunhundertvierzig auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je einhunderttausend Mark zu erhöhen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr einhundert Millionen Mark und zerfällt in sechzig auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je einhunderttausend Mark und in neunhundertvierzig auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je einhunderttausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 2. Mai 1923 ist demgemäß in § 4 und weiter in den §§ 15, 19 und 21 durch Beschluß derselben Generalversammlung laut Notariatsprotokolls vom gleichen Tage abgeändert worden. Es wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Die Vorzugsaktien sind sowohl in der Gewinnbeteiligung wie im Stimmrecht gegenüber den Stammaktien bevorzugt und zwar in folgender Weise: a) Die Vorzugsaktien erhalten aus dem zur Ausschüttung von Gewinnanteilen an die Aktionäre zu verwendenden Teile des Jahresgewinnes (s. § 21) einen Gewinnanteil von 8 % des auf sie entfallenden Kapitales. Erst nach Ausschüttung dieses Gewinnanteiles von 8 % haben die Stammaktien einen Gewinnanteil zu beanspruchen. Reicht der Jahresgewinn zur Deckung des Gewinnanteiles der Vorzugsaktien nicht aus, so sind die rückständig gebliebenen Vorzugsgewinnanteile zunächst aus dem jährlichen Reingewinn der nachfolgenden Jahre nachzuzahlen, jedoch erst, nachdem zuvor der auf die Vorzugsaktien auf das letzte abgelaufene Geschäftsjahr entfallende Gewinnanteil voll abgeführt worden ist. Im übrigen gehen ältere Gewinnanteilreste bei der Nachzahlung stets den jüngeren vor. Die Auszahlung der rückständig gebliebenen Vorzugsgewinnanteile erfolgt auf den Gewinnanteilschein für das letzte abgelaufene Geschäftsjahr. Auf die Stammaktien ist erst nach vollständiger Nachzahlung der rückständigen, auf die Vorzugsaktien entfallenden Gewinnanteile ein Gewinn auszuzahlen. b) Die Inhaber der Vorzugsaktien sind bei der Auflösung der Gesellschaft zunächst und vor den Inhabern der Stammaktien aus dem Liquidationserlöse zu befriedigen. Nach Deckung der Vorzugsaktien wird der Rest des Vermögens auf die Stammaktien verteilt. c) Jede Vorzugsaktie über 100 000 M. gewährt ein zwanzigfaches Stimmrecht, also 2000 Stimmen, in denjenigen Fällen, in denen Beschlüsse gefaßt werden über die Abänderung der Satzungen, die Auflösung der Gesellschaft und die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Etwaige steuerliche Belastungen des Stimmrechtes der Vorzugsaktien werden von der Gesellschaft getragen. Die neuen Stammaktien werden zum Nennbetrage ausgegeben. 4660

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 4. Sept. 1923.

Auf dem für die offene Handelsgesellschaft Druckplattenfabrik Glauchau Julius Wezel in Glauchau geführten Blatte 780 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 4642

Amtsgericht Glauchau, am 3. September 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 465 die Firma Hans Fischer in Klingenthal und als deren Inhaber der Kaufmann Hans Fischer in Markhausen (Tschechosl.). Angegebener Geschäftszweig: Stickerei- und Wäschefabrikation und Export aller Textilartikel;

b) auf Blatt 466 die Firma F. Arno Schuster in Zwota und als deren Inhaber der Kaufmann Felix Arno Schuster in Zwota. Angegebener Geschäftszweig: Musikinstrumentenfabrikation;

c) auf Blatt 455 die Firma Robert Thoß in Zwota betr.: In das Handelsgeschäft sind die Akkordeonverfertiger Otto Paul Thoß, Max Alfred Thoß, Paul Robert Thoß und Paul Ernst Keller, sämtlich in Zwota, eingetreten. Die Gesellschaft ist am 31. März 1923 errichtet worden. Die Prokura des Otto Paul Thoß ist erloschen. 4640

Amtsgericht Klingenthal, 31. August 1923.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 136, betr. die Firma Gebr. Hause in Laußnitz-Anbau, eingetragen worden: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafter aufgelöst worden. Die Gesellschafter Herbert Oskar Hause, Willy Edmund Hause, Emil Kurt Hause sind ausgeschieden. Der Kaufmann Emil Kurt Hause in Königsbrück hat das Handelsgeschäft übernommen und führt es unter der bisherigen Firma fort. 4643

Amtsgericht Königsbrück, 3. September 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 4176, betr. die Firma Gebr. Jeß in Leipzig. Der Gesellschafter Hermann Otto Gerhard Hering hat die Volljährigkeit erlangt;

2. auf Blatt 5600, betr. die Firma F. Moritz Müller in Leipzig: Die Prokura des Heinrich Josef Stanislaus Elar und des Johannes Friedrich Wilhelm Fey ist erloschen. Prokura ist erteilt an Johann Carl Barbehenn in Wiederitzsch, Erich Arthur Knothe, Tobias Schieß, Johannes Otto Wenzel und Dr. jur. Otto Carl Johannes Wutzler, sämtlich in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

3. auf Blatt 1575, betr. die Firma Providentia, Frankfurter Versicherungsgesellschaft in Leipzig, Zweigniederlassung: Dr. jur. Philipp Labes, Dr. Paul Gießler und Johannes Eisner sind als Vorstandsmitglieder ausgeschieden. Zum Vorstandsmitgliede ist der Direktor Dr. jur. Hans Heß in Berlin bestellt. Er ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zum stellvertretenden Vorstandsmitgliede ist der Direktor Paul Malschewsky in Frankfurt a. M. bestellt;

4. auf Blatt 11135, betr. die Firma Klein & Ungerer in Leipzig: Die Beschränkung der Prokuren des Ehrhard Ulrich Keilhauer und des Hans Walter Ehrig als Gesamtprokura ist weggefallen;

5. auf Blatt 14545, betr. die Firma Max Koch in Leipzig: Prokura ist dem Verlagsbuchhändler Johannes Hermann Jahn in Leipzig erteilt;

6. auf Blatt 18268, betr. die Firma Dr. Heinr. König & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung Kommanditgesellschaft in Leipzig: Die Prokura des Julius Ernst und des Fritz Taumeyer ist erloschen. Prokura ist erteilt dem Chemiker Dr. Paul Martin und den Kaufleuten Walter Scheunbek, Fritz Freudenberg und Curt Ebler, sämtlich in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

7. auf Blatt 19957, betr. die Firma G. Hörlein Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Prokura des Friedrich Wilhelm Müller ist erloschen. Prokura ist dem Kaufmann Franz Willy Robert Hammel in Leipzig erteilt. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

8. auf Blatt 20481, betr. die Firma Petrophon-Fabrik Wilhelm Völkner in Leipzig: Prokura ist an Elly Gertrud verehel. Völkner geb. Fischer in Leipzig erteilt;

9. auf Blatt 20979, betr. die Firma Mitteldeutsche Lack- und Farbenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung Niederlassung Leipzig in Leipzig: Prokura ist dem Kaufmann Ernst Ludwig Wedel in Leipzig erteilt. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem Geschäftsführer Martin Ledermann vertreten;

10. auf Blatt 21435, betr. die Firma Kleider- und Wäschemanufaktur Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Prokura ist dem Kaufmann Dr. jur. Georg Suhr in Gautzsch erteilt;

11. auf Blatt 21958, betr. die Firma Mitteldeutscher Lloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft in Leipzig: Zum stellvertretenden Vorstandsmitgliede ist der Direktor Carl Diedrich Mühler in Leipzig bestellt. Prokura ist an Friedrich Wilhelm Wolf in Leipzig erteilt. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede oder einem anderen Prokuristen vertreten;

12. auf Blatt 22029, betr. die Firma Kunstanstalt Dachne Aktiengesellschaft in Leipzig: Max Lust ist als Vorstand ausgeschieden. Zum Vorstand ist der Direktor Willy Ochs in Leipzig bestellt;

13. auf Blatt 22307, betr. die Firma K. F. Koehler Kommissionsgeschäft in Leipzig: In die Gesellschaft sind eingetreten die unter der Firma Koehler & Volckmar Aktiengesellschaft in Leipzig bestehende Aktiengesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin und zwei Kommanditisten. Lily verw. Koehler geb. Carsta Wortmann, Else Ida von Hase verw. gew. Koehler geb. Brugmann, Dr. Kurt Hellmuth Koehler und Dr. Paul Franz Hermann von Hase sind als Gesellschafter ausgeschieden. Die Prokuristen Richard Knauth, Hermann Müller, Paul Schubert und Horst Kuhner dürfen die Gesellschaft nur je in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

14. auf Blatt 17679, betr. die Firma Mende & Kleine in Leipzig: Die Firma ist nach beendeter Liquidation erloschen. 4641

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 1. September 1923.

Auf Blatt 164 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Paul Schubert, Holzspielwarenfabrik in Lengefeld i. Erzgeb. und als deren Inhaber der Holzspielwarenfabrikant Paul Oswald Schubert in Lengefeld eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb mit selbstgefertigten Spielwaren. 4644

Amtsgericht Lengefeld i. Erzgeb., 24. August 1923.

Dresden.

Ein Steuerprotest der Autobesitzer und Kraftfahrer.

Auf Einladung der interessierten Fach- und Handelskreise fand am Dienstag nachmittag eine Protestversammlung der Kraftfahrer und Kraftfahrbesitzer im „Palmengarten" statt, um gegen die „einer Erdrosselung des gesamten Automobilverkehres gleichkommende Kraftfahrsteuer und Sonderabgabe (Rhein-Ruhr-Abgabe)" zu protestieren. Um die Aktion wirksamer zu gestalten, hatte man sich auch an die Arbeiter und Angestellten der Kraftfahrzeug-Industrie und der verwandten Branchen gewandt. Der Vorsitzende Fritsch machte dem Gesetzgeber den Vorwurf der Oberflächlichkeit und der mangelnden Sachkenntnis. Man denke nicht daran, die Steuer zu sabotieren, verlange jedoch eine gerechte, den tatsächlichen Verhältnissen angepaßte Besteuerung. Daß sich das Reich in größter Notlage befände, werde anerkannt, aber die Opfer müßten sich in einer erschwinglichen Höhe halten. Die Steuer würde die Einstellung des Autoverkehrs und die Stillegung und Schließung der Betriebe zur Folge haben, wodurch Tausende von Arbeitern brotlos würden. Die Neureichen würden die Steuer mit Leichtigkeit bezahlen können, aber es gelte, die Interessen derjenigen zu vertreten, die das Kraftfahrzeug für die Berufsausübung gebrauchen. Generaloberarzt Dr. Krüger gab die Schritte und Maßnahmen der Fachverbände um eine mildere Handhabung der Ausführungsbestimmungen bekannt, die leider erfolglos geblieben waren.

In der Aussprache bezeichnete der Vertreter des Verkehrsbundes die letzten Steuergesetze als die Folge des Verhaltens eines Teiles der Leute selbst, die heute dagegen protestieren. Es sei ein Fehler des Gesetzes, daß es die Berufsfahrer nicht ausnehme. Gewisse ungünstige Wirkungen würden zweifellos eintreten. Proteste nützen aber nichts, sondern nur der Nachweis, wie ungerecht sich das Gesetz in manchen Fällen auswirke.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird Verteilung des Opfers auf mehrere Termine bei nachgewiesener Zahlungsunmöglichkeit ohne Belastung mit einem übermäßig hohen Zinsfuß oder gar Vervielfachung der Summe, Berücksichtigung des Alters der Fahrzeuge, Ermäßigung für Fahrzeuge bis 10 Steuer-PS, die vorwiegend dem Berufe oder Gewerbe dienen, Befreiung aller Krafträder bis 3 Steuer-PS und Ermäßigung für stärkere Maschinen um die Hälfte des Opfers.